

vom Ratsbüro genehmigt
am 26. März 2002

PROTOKOLL

der 4. Sitzung
vom Dienstag, 19. März 2002
17.00 - 19.40 Uhr
Grossratssaal der Rathauslaube

Vorsitz: Iren Eichenberger (OeBS) Präsidentin 2002

Protokoll: René Gisler (Nichtmitglied)

Stimmzähler: Herbert Distel (CVP) und Wilhelm Hefti (SP)

Anwesend: von total 50 Mitgliedern:
Ratspräsidentin und 47 Mitglieder
5 Stadträte

Entschuldigt für die ganze Sitzung: Thomas Hauser (FDP)
Edgar Zehnder (SVP)

Für den Anfang der Sitzung: SR Thomas Feurer

Für den Schluss der Sitzung: Bernhard Egli (OeBS)
SR Veronika Heller

Traktanden:

- 1. VdSR Neuauflage des Stellenplans per 1. Jan. 2001** **Seite 123**
- 2. INTERPELLATION Dr. Raphaël Rohner (FDP) -
Gewährleistung der öffentl. Sicherheit u.
Schutz von Eigentum** **Seite 133**

PENDENTE GESCHÄFTE**EINGANG TITEL DES GESCHÄFTES**

14.11.00	VdSR - Reorganisation des Museums zu Allerheiligen und Integration des Kulturdienstes	SPK
28.08.01	VdSR - Überführung der Trägerschaft der öffentlich-rechtlichen Sonderschulen in eine Stiftung von Kanton und Stadt Schaffhausen nach ZGB	SPK
04.09.01	Motion Esther Bänziger (SP): Heizzeiten an den städtischen Schulen	
23.10.01	VdSR Parkleitsystem	SPK
6.11.01	INTERPELLATION Alfons Cadario (EVP) - Militärunterkunft Breite	
22.01.02	VdSR Gesamteinführung der Wirkungsorientierten Verwaltungsführung (WoV) nach den Bedürfnissen der Stadt SH, Grundsatzentscheid	SPK
31.01.02	INTERPELLATION Bea Hauser (SP) "autofreier Herrenacker"	
19.02.02	VdSR Bericht über die hängigen Motionen	GPK
19.02.02	VdSR Richtlinien zur Vergabe von Grundstücken der Stadt Schaffhausen im Baurecht	GPK
26.02.02	VdSR Buszentrum Bahnhof	SPK
05.03.02	INTERPELLATION Peter Möller (GB) Mobilfunkantennen auf städt. Liegenschaften/Grundstücken	
05.03.02	VdSR "Sofortmassnahmen" in Bauordnung und Zonenplan	SPK
05.03.02	VdSR Übergangsregelung für Blockzeiten mit Zusatzunterricht in musikalischer Grundschulung an den Schulen Emmersberg u. Zündelgut	SPK
11.03.02	INTERPELLATION Edgar Zehnder (SVP) Städtische Schiessanlagen	
19.03.02	VdSR Tagesschule Hohberg/Kreuzgut (2. Verlängerung)	SPK
19.03.02	MOTION Urs Tanner (SP) Finanzielle Beteiligung am Winterdach über dem KSS-Freibad	

Kleine Anfragen von

Edgar Mittler (FDP)	Bevölkerungszunahme in der Stadt SH	29.01.02	2/2002
Peter Neukomm (SP)	Förderung der Elektromobilität ("New Ride")	27.02.02	3/2002
Thomas Neukomm (SP)	Überbauung Herrenacker Süd auf gutem Weg?	11.03.02	4/2002

BESCHLÜSSE UND ERLEDIGTE GESCHÄFTE**Traktandum 1 VdSR Neuauflage des Stellenplans per 1. Jan. 2001**

Der Grosse Stadtrat stimmt der Vorlage des Stadtrates vom 15. Mai 2001 zu und heisst den präzisierten Antrag mit **47 : 0 Stimmen** wie folgt gut:

Der Grosse Stadtrat genehmigt den vorgelegten Soll-Stellenplan vom 15. Mai 2001, nach den Änderungen der GPK vom 21. Februar 2002, per 1. Januar 2002 (siehe dreiseitiges Papier des Personaldienstes vom 5. März 2002 mit Beilagen A Vergleich Soll-Stellenbestand 1991 - 2001, Seiten 4 - 10).

Das Geschäft ist erledigt.

**Traktandum 2 INTERPELLATION Dr. Raphaël Rohner (FDP) -
Gewährleistung der öffentl. Sicherheit u.
Schutz von Eigentum**

Die Interpellation wird von GrSR Rohner begründet, von Stadtpräsident Marcel Wenger beantwortet und im Rat diskutiert..

Das Geschäft ist erledigt.

BEGRÜSSUNG

Ratspräsidentin Iren Eichenberger (OeBS) eröffnet die Ratssitzung mit der Begrüssung der Ratskolleginnen und Ratskollegen, Frau Stadträtin, der Herren Stadträte, der VertreterInnen der Medien sowie der BesucherInnen auf der Tribüne.

MITTEILUNGEN

Personelles:

SPK "Buszentrum Bahnhof": Anstelle von Stephan Schlatter (SVP) nimmt Edgar Zehnder (SVP) Einsitz in dieser Kommission.

Pro memoria: Im Anschluss an die heutige Ratssitzung lädt die Museumsdirektion das Parlament zur **Besichtigung des Museums-Depots 3. OG Kammgarn** ein.

Neu eingegangene Geschäfte:

05.03.2002 VdSR "Sofortmassnahmen" in Bauordnung und Zonenplan

Das Büro schlägt dem Rat vor, diese Vorlage in einer 13er SPK vorberaten zu lassen. Einladende Partei ist die SVP.

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

Zusammensetzung der SPK:

SP: Andres Bächtold, Bea Hauser, Peter Käppler, Rolf Amstad

FDP/CVP: Roland Schöttle, Raphaël Rohner, Christian Bächtold, Herbert Distel

SVP/EDU: Hans Peter Huber, Alfred Zollinger, Stephan Schlatter

OeBS/EVP/GB: Peter Möller, Bernhard Egli

Die erste Sitzung findet statt: Montag, 15. April 2002, 17.00 Uhr

**05.03.2002 VdSR Übergangsregelung für Blockzeiten mit Zusatzunterricht
in musikalischer Grundschulung an den Schulen E'berg u. Zündelgut**

Das Büro schlägt dem Rat vor, diese Vorlage in einer 11er SPK vorberaten zu lassen. Einladende Partei ist die SP.

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

SP: Urs Tanner, Susanna Freivogel, Esther Bänziger

FDP/CVP: Theres Brambrink, Dieter Amsler, Theresia Derksen

SVP/EDU: Gertrud Walch, Werner Schlatter, Josef Eugster

OeBS/EVP/GB: Annina Keller, Brigitte Oechslin

Die erste Sitzung findet statt: Mittwoch, 8. Mai 2002, 18.00 Uhr

19.03.2002 VdSR Tagesschule Hohberg/Kreuzgut (2. Verlängerung)

Das Büro schlägt dem Rat vor, diese Vorlage in einer 11er SPK vorberaten zu lassen. Einladende Partei ist die OeBS.

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

SP: Verena Stutz, Esther Bänziger, Rolf Amstad
FDP/CVP: Jakob Deppe, Peter Wullschleger, Walter Hotz
SVP/EDU: Gertrud Walch, Alfred Zollinger, Edgar Zehnder
OeBS/EVP/GB: Rainer Schmidig, Hüseyin Palaz
Die erste Sitzung findet statt: Freitag, 3. Mai 2002, 17.00 Uhr

**11.03.2002 INTERPELLATION Edgar Zehnder (SVP)
Städtische Schiessanlagen**

Dieser Vorstoss wird auf die Traktandenliste der nächsten Ratssitzung gesetzt.

**19.03.2002 MOTION Urs Tanner (SP)
Finanzielle Beteiligung am Winterdach über dem KSS-Freibad**

Dieser Vorstoss wird auf die Traktandenliste der nächsten Ratssitzung gesetzt.

Kleine Anfragen - Neueingänge:

Thomas Neukomm (SP) Überbauung Herrenacker Süd auf gutem Weg? 11.03.02 4/2002

Den Ratsmitgliedern wurde ferner die **Besoldungsskala 2002** z.K. zugestellt.

Verhandlungsbereit gemeldet von der GPK ist das Geschäft

19.02.02 VdSR Richtlinien zur Vergabe von Grundstücken der Stadt
Schaffhausen im Baurecht

Es erscheint auf der Traktandenliste der Sitzung vom 2. April 2002.

PROTOKOLL

Das Ratsprotokoll Nr. 3 der Sitzung vom 5. März 2002 wurde durch das Büro geprüft und genehmigt. Es liegt heute beim Ratssekretär zur Einsichtnahme auf. Anmerkungen werden keine angebracht.

TAGESORDNUNG

Die Traktandenliste zur heutigen Sitzung wurde rechtzeitig zugestellt.
Die Tagesordnung wird gutgeheissen.

Traktandum 1 VdSR Neuauflage des Stellenplans per 1. Jan. 2001

EINTRETENSDEBATTE

Dieses Geschäft wurde in der GPK vorberaten.

Der Rat hat mit Datum 5. März 02 vom Personaldienst noch Unterlagen zu diesem Geschäft erhalten. Auf Seite 3 des Schreibens des Personaldienstes hat sich im Zusammenhang mit dem Stellenpool ein Fehler eingeschlichen. Der GPK-Präsident wird dies in seinem Referat ansprechen.

Alfred Zollinger (SVP)

Präsident u. Sprecher der GPK *

"Die GPK hat sich intensiv mit dieser Vorlage beschäftigt. Wir waren nicht sehr begeistert, dass erst nach so langer Zeit wieder ein Stellenplan zur Genehmigung präsentiert wird, verbunden mit dem Wunsch nach zusätzlichen Stellenprozenten.

Aus diesem Grunde wurde vertieft nachgefragt und wurden zusätzliche Unterlagen vom Personaldienst verlangt. Da zwischen dem Soll- und IST-Bestand, d.h. zwischen bewilligten, aber zurzeit nicht besetzten Stellen grössere Abweichungen festgestellt wurden, verlangte die GPK von den Abteilungsleitern entsprechende Stellungnahmen, was für das weitere Vorgehen nur förderlich war. Dadurch war es möglich, schlussendlich ein Resultat zu präsentieren, das für das Parlament aussagekräftig ist und dem Stadtrat zugleich den notwendigen Handlungsspielraum im Personalbereich ermöglicht.

Erstmals wurde der Stellenplan an der GPK-Sitzung vom 5. Juli 2001 behandelt. Das Eintreten wurde auf die folgende Sitzung vertagt, da zuerst vom Personaldienst Unterlagen pro Abteilung hinsichtlich der effektiv besetzten Stellen geliefert werden mussten. Das ergab die Möglichkeit, grössere Abweichungen und Verschiebungen gegenüber dem Stellenplan vom 1.11.1991 festzustellen und zu hinterfragen.

Nach Vorliegen der verlangten Unterlagen beschloss die GPK am 16. August 2001 mit 6 : 0 Stimmen, bei einer Abwesenheit, auf die Vorlage einzutreten. Gleichzeitig zeigte sich die GPK bereit, die Vergangenheit, d.h. den Zeitraum vom 1.11.1991 – 31.12.2000 abzuhaken und die Ausgangslage per 1. Januar 2001 mit den folgenden Auflagen zu akzeptieren:

- Der Stellenplan ist jährlich, jeweils bis Ende Februar, der GPK auszuhändigen.
- Der Stellenplan ist vom Personaldienst aufgrund der Ein- und Austrittsmeldungen laufend zu mutieren. Die jährlichen Rückmeldungen seitens der Abteilungen dienen lediglich der Abstimmung und Verifizierung.

Für die Detailberatung wurden weitere Unterlagen bzw. Informationen, basierend auf dem Stellenplan per 1.1.2001, zu folgenden Fragen verlangt:

- Wie viele Personen in welchen Funktionen und Abteilungen mit unbezahltem Urlaub sind bei den IST-Stellen am 1.1.2001 nicht erfasst?
- Welche Funktionen waren weshalb nicht besetzt in den einzelnen Abteilungen?
- Weshalb werden aufgehobene oder ausgegliederte Stellen bzw. Funktionen weiterhin bei den nicht besetzten IST-Stellen aufgeführt und nicht gestrichen, z.B. Finanzkontrolle? Zusatzfrage: Hat es noch andere?

Gleichzeitig hat die GPK mit 4 : 0 Stimmen, bei 3 Abwesenheiten, beschlossen, ohne Genehmigung des Gesamt-Stellenplanes, der Steuerverwaltung „grünes Licht“ zu geben für die Ausschreibung der beantragten 176 Netto-Stellenprozente. Diese Aufstockung ist im Zusammenhang mit der nunmehr einjährigen Steuerveranlagung zu sehen.

Mittels Stadtratsbeschluss vom 4. September 2001 wurden dann die Abteilungen aufgefordert, bis am 9. November 2001 die von der GPK gewünschten Begründungen an den Personaldienst einzureichen, der zuvor ein entsprechendes, einheitliches Muster-Antwortblatt an die Abteilungen zu liefern hatte.

Nach Erhalt der Unterlagen hat sich die GPK in zwei Arbeitsgruppen aufgeteilt, galt es doch, die vielen Listen durchzusehen und einen Fragenkatalog zuhanden des Stadtrates zusammenzustellen. Am 17. Januar 2002 fand die Sitzung GPK mit dem Gesamt-Stadtrat statt. Sämtliche Fragen wurden zu unserer vollen Zufriedenheit beantwortet, worauf gemeinsam die nun vorliegende Lösung ausgearbeitet wurde.

Mit Datum vom 5. März 2002 haben Sie vom Personaldienst der Stadt SH die überarbeiteten Unterlagen, basierend auf der GPK-Sitzung vom 21. Februar 2002 erhalten. **Die GPK hat mit 4 : 0 Stimmen, bei einer Enthaltung und 2 Abwesenheiten, den 86'308 Soll-Stellenprozenten zugestimmt.**

Auf Seite 2 des erwähnten Papiers sind die abgebauten Stellen von 2320 % festgehalten. Dabei handelt es sich um bewilligte, aber zurzeit nicht besetzte Stellen. **Auf Seite 3 ist die Zusammenstellung zu finden, woraus der neue Soll-Stellenplan von 86'308 Stellen-Prozenten hervorgeht. Darin sind die beantragten Stellenvermehrungen gemäss Abschnitt D der Vorlage des Stadtrates vom 15. Mai 2001 bereits inbegriffen.** Auf den Seiten 4 – 8 finden Sie die Detailangaben pro Abteilung, auf der Seiten 9 die Rekapitulation und auf Seite 10 den Vergleich 1991/2001.

Ebenfalls ist auf Seite 3 festgehalten, dass der Stadtrat den Personaldienst beauftragt hat, in Zukunft alle freien Stellen in den Stellenpool zu leiten, d.h. die Abteilungen verfügen über keine freien Stellen mehr. Dafür sind entsprechende **Richtlinien** (nicht ein Reglement) auszuarbeiten. Bitte bringen Sie die entsprechende Änderung in Ihren Unterlagen an.

Die Schlussabstimmung über die von der GPK bereinigte Vorlage ergab 5 JA, bei 2 Abwesenheiten.

Im Namen der GPK bitte ich die Frau Präsidentin, die durch die GPK überarbeitete Vorlage mit entsprechendem Antrag auf Seite 3 des angesprochenes Papiers zu behandeln und auch darüber abstimmen zu lassen.

Und Sie - sehr geehrte Ratskolleginnen und -kollegen - bitte ich, auf die Vorlage einzutreten und dem neu formulierten Antrag zuzustimmen.

Ferner hat die GPK der Neueinstufung der bisher im Einreihungsplan der Besoldungsverordnung nicht existenten Funktionen

Hirschwärter/in und Munotwächter/in je in die BK 09 – 12

zugestimmt. Die entsprechenden Anträge finden Sie in der Vorlage des Stadtrates vom 15. Mai 01, Abschnitt C, Seite 22.

Weitere beantragte Einstufungen in eine höhere Lohnklasse, welche sich im Rahmen des Einreihungsplanes der Besoldungsverordnung bewegen und daher in der Kompetenz des Stadtrates liegen, hat die GPK nicht behandelt.

Die Finanzkontrolle von Kanton und Stadt Schaffhausen hat in ihrem Revisionsbericht vom 29. Januar 2002 bestätigt, dass der Stellenplan Ausgabe Januar 2001 (Stand per 31. Jan. 2001) vollständig geprüft worden ist und zu keinen Beanstandungen Anlass gab. Diese Revision basiert auf dem Stadtratsbeschluss vom 12. September 1995.

Abschliessend danke ich im Namen der GPK dem Personaldienst für die Erstellung unserer zusätzlich verlangten Unterlagen sowie dem Gesamt-Stadtrat für die kooperative Zusammenarbeit.

Ich möchte noch daran erinnern, dass die SPK „Reorganisation des Museums zu Allerheiligen und Integration des Kulturdienstes“ gebeten ist, ihre Beratung - die sisitiert wurde - wieder aufzunehmen und so hoffen wir, innert nützlicher Frist abzuschliessen."

Alfred Zollinger (SVP) Fraktionserklärung SVP/EDU *

"Was lange währt, wird endlich bereinigt. Wir sind froh, dass nun mit dem vorliegenden Stellenplan wieder klare Verhältnisse herrschen.

Wir legen aber grossen Wert darauf, dass der Stellenplan laufend nachgetragen und jährlich an die GPK übergeben wird. Auch begrüssen wir, dass keine freien Stellen mehr in den einzelnen Abteilungen verbleiben, sondern in den Stellenpool übertragen werden. Die angekündigten Richtlinien müssen innert nützlicher Zeit bekannt sein. Auch muss darin gewährleistet sein, dass die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Abteilungen und dem Stellenpool relativ flexibel gestaltet wird. Erwartet wird auch vom Personaldienst bzw. vom Stadtrat, dass jeder Austritt wie bis anhin kritisch hinsichtlich einer Wiederbesetzung überprüft wird.

Mit der Einhaltung der erwähnten Punkte sollte gewährleistet sein, dass die Anzahl der Stellen „im Griff“ ist und die gute Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Schaffhausen auch in Zukunft anhält.

Die SVP/EDU-Fraktion wird auf die Vorlage eintreten und dem ergänzten Antrag zustimmen."

Ernst Gründler (FDP) Fraktionserklärung FDP/CVP *

"Die Fraktionen der FDP und der CVP schliessen sich den gemachten Ausführungen des GPK-Präsidenten an und werden der Neuauflage des Stellenplans zustimmen.

Die Vorlage des SR vom 15.5.01 hat der GPK viel Kopfzerbrechen und viele Sitzungen in den letzten Monaten beschert. Grund war nach meiner Meinung die Nichtnachführung der jährlichen Mutationen im Stellenplan unserer Stadt. Diese gravierende Sünde dürfen wir im Wesentlichen dem früheren Personalchef Arthur Ulmer "verdanken". Der Grosse Stadtrat hat letztmals vor 10 Jahren - am 28.4.1992 - einen Stellenplan der 7. Auflage mit Stichtag 1. November 1991 genehmigt; wahrlich eine zu lange Zeit angesichts der grossen Veränderungen im Personalbereich.

Ein korrekter Nachvollzug der eingetretenen Mutationen der vergangenen Jahre konnte daher nicht mehr lückenlos erfolgen. Schlussendlich resultierte in der GPK ein neuer Soll-Stellenbestand von 86'308 Stellen-Prozenten per 1.1.2002. Darin sind insgesamt 23 abgebaute Stellen eingeschlossen und verrechnet. Der Abbau ist durchaus vertretbar und ist mit den betroffenen Abteilungen im voraus besprochen worden.

Es wäre völlig daneben, wenn wir hier im Rat um einzelne Stellenprozente lange Diskussionen führen würden, weil die Materie viel zu komplex ist. Persönlich bin ich der Ueberzeugung, dass inskünftig ein sauber und jederzeit nachvollziehbarer Stellenbestand auf Jahresstichtag für unsere Ratstätigkeit völlig ausreicht. Erbsenzählerei, wie das die GPK für die Vergangenheitsbewältigung tun musste, sollte eigentlich nicht mehr nötig sein.

Der Personaldienst des Kantons liefert dem Kantonsrat unaufgefordert je im ersten Quartal jedes Jahres eine umfassende Uebersicht aller bewilligten Stellen und der Anzahl Beschäftigten der kantonalen Verwaltung, der Gerichte, der Schulen und der Anstalten je per 1.1., wobei eingetretene und beschlossene Aenderungen aufgeführt sind.

Auch wenn die laufende „à jour Haltung“ des Stellenplans inskünftig etwas mehr Zeit als früher (ohne straffe Stellenbewirtschaftung) in Anspruch nehmen dürfte, verfügen nunmehr Exekutive und Legislative endlich über verlässliches Zahlenmaterial.

Ich freue mich daher, dass unser Rat jährlich entsprechende Angaben über den Soll-Stellenbestand, die Ist-Stellenbesetzung per Stichtag und der nicht besetzten Ist-Stellen nach Abteilungen gegliedert erhält.

Ein entsprechendes Reglement (bzw. die Ausarbeitung von Richtlinien) für die Bewirtschaftung der freien Stellen via Stellenpool ist vom Stadtrat in Auftrag gegeben worden; wir sollten darüber zu einem späteren Zeitpunkt orientiert werden.

Die von der GPK eingebrachten Veränderungen und die bereits gefassten Beschlüsse des Stadtrates sind zukunftsorientiert und verdienen unsere Unterstützung."

Andres Bächtold (SP) Fraktionserklärung *

"Das war wieder einmal ein Geschäft, welches die Grenzen der Möglichkeiten des Milizparlaments aufzeigte. Wir hatten zwar den eisernen Willen, fundiert und detailliert in die Materie einzusteigen, und auch dem letzten Stellenprozentchen, welches sich eventuell in den letzten 10 Jahren verändert haben könnte, auf die Spur zu kommen. Die vorgelegten Papiere schienen einige Male unzureichend, worauf beim Personaldienst Ergänzungen verlangt wurden. Dieser lieferte in der Folge jeweils termingerecht und umfassend neue und revidierte Soll- und andere Stellenpläne, Stellungnahmen und dgl., und deckte uns mit einer Papierflut ein, welche inzwischen einen Bundesordner füllt. Wir hätten es vermutlich ohne Weiteres geschafft, uns und den Personaldienst ein Jahr lang lahmzulegen. Soweit kam es aber nicht, wie Sie bereits gehört haben.

Nach langen und intensiven Diskussionen, in welche auch der Ratssekretär einige Male in verdankenswerter Weise hilfreich eingriff, wurde auch dem letzten GPK-Mitglied klar, dass der Versuch, die Stellenveränderungen der letzten 10 Jahre nachvollziehen zu wollen, aus Kapazitätsgründen scheitern muss. Es war bereits schwierig genug, den Überblick über die Veränderungen während der Beratungsperiode, also seit Januar letzten Jahres, nicht zu verlieren, da eine lebendige Verwaltung mit insgesamt ca. 860 Mitarbeitenden logischerweise dauernd in Bewegung ist.

An der dritten Sitzung konnte schliesslich in Anwesenheit des ganzen Stadtrates der pragmatische, politische Weg gefunden werden, welcher nun Basis für die heutige Beratung und die Zukunft ist.

Für den Moment begnügen wir uns also damit, den Soll-Stellenplan 2001, so wie ihn die Verwaltung vorgelegt hat, zu akzeptieren. Er umfasst insgesamt ca. 23 Stellen weniger als bisher.

Da ich bereits darauf angesprochen wurde, ist es vielleicht wichtig, darauf hinzuweisen, dass die Stadt nicht gedenkt, 23 Stellen abzubauen, sondern dass nur etwas Luft im Bereich der unbesetzten Stellen abgelassen wird, ohne allerdings den Handlungsspielraum von Stadtrat und Verwaltung allzu stark einzuschränken.

Da der Stellenplan künftig wieder jährlich vorgelegt wird, was natürlich absolut notwendig ist, werden in Zukunft Veränderungen leichter nachvollzogen werden können, was dem Parlament immerhin das Gefühl gibt, die Verwaltung unter Kontrolle zu haben. Gleichzeitig soll das sinnvolle Instrument des Stellenpools mit entsprechenden Richtlinien derart auf Vordermann gebracht werden, dass bereits daraus die tatsächlich vorhandenen unbesetzten Stellen abgelesen werden können. Das schafft dann wirklich die Transparenz, welche die Beurteilung künftiger Anliegen nach Stellenvermehrung ermöglicht. Eine langjährige GPK-Forderung wird damit endlich erfüllt.

Die SP-Fraktion wird auf die Vorlage eintreten und ihr, gemäss den Änderungen der GPK, zustimmen.

Da wir damit auch die mit der Vorlage beantragten zusätzlichen Stellenprozente global bewilligen, ist der Weg frei, die sistierte SPK "Reorganisation Museum" zu reaktivieren und auch dieses Geschäft endlich zum Abschluss zu bringen."

Peter Möller (GB) Fraktionserklärung OeBS/EVP/GB *

"Lange hat es gedauert, aber es ist ja auch eine umfangreiche Vorlage, welche die GPK zu behandeln hatte. Über die gewünschten Zusatzinformationen, die Irrungen und Wirrungen, die Suche nach Lösungsansätzen und dem schlussendlichen Fund des Ei's des Kolumbus hat Sie ja bereits der GPK-Präsident informiert. Da bei dieser Vorlage die Diskussionen in der GPK geführt wurden, und wir heute nicht so viel Zeit haben, werde ich mich kurz fassen.

Die OeBS/EVP/GB-Fraktion wird auf die Vorlage eintreten. Wir begrüßen die beschlossene Reaktivierung des Stellenpools und hoffen, dass diese nicht nur ein frommer Wunsch bleibt, sondern der Pool als flexibles Instrument durch den Stadtrat eingesetzt werden kann. Ebenfalls erfreut uns die Nachricht, dass bis zur nächsten Neuauflage des Stellenplans mit Information an das Parlament nicht wieder 10 Jahre zugewartet werden soll, sondern zumindest die GPK nun jährlich über die Entwicklung ins Bild gesetzt wird. Die OeBS/EVP/GB-Fraktion wird daher der Neuauflage des Stellenplans in der von der GPK verabschiedeten Form zustimmen."

Kurt Zubler (SP) Votum

GrSR Zubler nimmt im Zusammenhang mit dem Studium des Stellenplans Bezug auf die Debatte anlässlich der Behandlung des Geschäftes "*Besoldung des Pflegepersonals in den städt. Altersheimen, Bericht des SR und Änderung der Besoldungsverordnung (Einreihungsplan)*" am 5. März in diesem Rat. Die vorbereitende Arbeitsgruppe, eine Minderheit der GPK und eine Minderheit des Rates hätten damals u.a. eine Einstufung der HeimleiterInnen in die BK 21 - 24 beantragt. Diese sei mit der Begründung abgelehnt worden - Zitat aus der Stellungnahme des SR - "*Wäre hier der Stadtrat den Anträgen der Arbeitsgruppe gefolgt, hätte dies die Einstufung von Heimleitungen in bisherige Lohnklassen von Chefbeamten zur Folge gehabt (...).*"

"Ich habe damals den Anträgen der Minderheit zugestimmt, habe aber immerhin den Ausführungen des Stadtrates Glauben geschenkt." Aus den Stellenplan-Unterlagen sei jedoch ersichtlich, dass in der Stadt Schaffhausen immerhin 24 Ressortleiter in den fraglichen BK 19 - 24 eingereiht seien. Das seien jedoch keine Chefbeamten, sondern Ressortleiter.

GrSR Zubler greift weiter ein diesbezügliches Votum von Esther Bänziger auf und stellt fest, dass die angesprochenen BK praktisch ausschliesslich durch Männer besetzt seien. Es fänden sich hier keine RessortleiterInnen aus dem Bereich Schule, Soziales und Kultur.

"Es hat mich einfach irritiert, dass an der letzten Ratssitzung diese Argumentation verwendet wurde: *"Wäre hier der Stadtrat den Anträgen der Arbeitsgruppe gefolgt, hätte dies die Einstufung von Heimleitungen in bisherige Lohnklassen von Chefbeamten zur Folge gehabt"*. Dies entspricht angesichts dieses Stellenplans offensichtlich nicht der Realität."

Walter Hotz (FDP) Votum *

"Die Überarbeitung des Stellenplans durch die Stadtverwaltung hat uns gezeigt, daß - über Alles gesehen - in den vergangenen Jahren keine Mehrkosten im Personalbereich entstanden sind, sondern im Gegenteil die Kosten gesunken sind.

Auf Grund dieser positiven Bilanz wäre es dem Stadtrat zu gönnen, daß die Herren auf dem „Rammersbühl" diese positive Nachricht auch zur Kenntnis nehmen und entsprechend publizieren würden.

Trotz dieser erfreulichen Tatsache muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß der Stadtrat die Pflicht hat, die Personalsituation d.h. die Kosten laufend zu überwachen. Es wird nicht genügen, alle Jahre einen Stellenplan zu erstellen und damit zufrieden zu sein.

Sie - Frau Stadträtin und Herren Stadträte - werden deshalb nicht darum herumkommen, in der Zukunft weitere Stellenprozente zu streichen bzw. Fluktuationen nicht mehr zu ersetzen, Abteilungen zusammenzulegen, Aufträge von Dritten zu suchen (um so zusätzliche Einnahmen zu generieren) - ein gutes Beispiel dafür ist die VBSH -, um die hohen Personalkosten senken zu können, damit die Rechnung endlich ausgeglichen präsentiert werden kann.

Heute können wir - dies vor allem auch dank der sehr guten Vorarbeit durch die GPK - zufrieden sein und der Vorlage zustimmen."

Susanna Freivogel (SP) Votum

"Die SPK bzw. die Vorlage des SR vom 14. Nov. 2000 "Reorganisation des Museums zu Allerheiligen und Integration des Kulturdienstes" ist zwei Mal erwähnt worden. Deswegen möchte ich hier kurz daran erinnern, warum die Beratung dieser Vorlage seinerzeit sistiert worden ist.

An der Sitzung vom 17. Mai 2001 hat Stadtrat Feurer die Spezialkommission informiert, dass der neue Soll-Stellenplan bereits nicht mehr mit der Museumsvorlage kompatibel sei. Es war SR Feurer, welcher der SPK vorgeschlagen hat, die Beratung der Vorlage bis zur Genehmigung des Stellenplans zu sistieren.

Die SPK hat diesem Vorschlag zugestimmt und beschlossen, dass sie ihre Tätigkeit wieder aufnimmt, wenn der Stellenplan genehmigt ist und wenn der Kulturreferent und die Direktorin des Museums einen Bericht zu Händen des Grossen Stadtrates vorlegen, welcher die finanziell und personell bereinigte Situation im Kulturbereich darstellt. Es ist also nicht nur der Stellenplan, sondern wir warten noch auf diesen Bericht. Dieser Bericht wird nach Abschluss der Reorganisation, spätestens aber Mitte des Jahres 2002 erwartet. Ausdrücklich betonen möchte ich an dieser Stelle, dass die SPK den im Museum eingeleiteten Reorganisationsmassnahmen positiv gegenüber steht. Es ist aber ein Anliegen, dass die Kostenentwicklung und der Stellenplan nachvollziehbar und transparent werden. In diesem Sinne hat die SPK gefordert, dass der Stellenplan übersichtlich aufgebaut ist und die Vertragssituationen klar geregelt werden müssen. Ich meinerseits gehe davon aus, dass die SPK ihre Arbeit wieder aufnimmt, wenn heute dieser Stellenplan* genehmigt ist und wenn der entsprechende Bericht vorliegt."

***Hinweis der Redaktion:** Mit der Sanktionierung des heutigen Stellenplans wurden für den Bereich Kultur, Museum und Theater total 1'370 Stellenprozent genehmigt - siehe Seite 4 Anhang A Vergleich Soll-Stellenbestand 1991 - 2001. Dies entspricht einer Zunahme von 125 Stellenprozenten gegenüber dem Soll-Stellenbestand inkl. aller Stellenpool-Änderungen per 01.01.2001. Diese 125% sind in der Begründung für Stellenvermehrungen - Abschnitt D der Vorlage des SR vom 15. Mai 2001 - seitens der Museumsdirektion ausgewiesen.

Stadtrat Urs Hunziker nimmt Bezug auf das Votum von Kurt Zubler. Er verweist auf den Einreichungsplan, wonach ab BK 22 u. folgenden nebst RessortleiterInnen (bis BK 24) Chefbeamte eingereiht sind. Seine damalige Aussage - *"wäre hier der Stadtrat den Anträgen der Arbeitsgruppe gefolgt, hätte dies die Einstufung von Heimleitungen in bisherige Lohnklassen von Chefbeamten zur Folge gehabt"* - sei somit richtig gewesen.

Kurt Zubler (SP) möchte nicht in die Details gehen. Er stellt jedoch anhand des Einreichungsplanes fest, dass gewisse Ressortleiter höher eingestuft sind als Chefbeamte. Er weist auch auf "gestaffelte Strukturen" hin z.B. beim EWS (1 Direktor, 4 Chefbeamte, 11 Ressortleiter). Es sei nicht so, dass die Einreihung in die erwähnten BK in der Stadt SH automatisch zum Chefbeamtenstatus führe. Das stimme so nicht.

Stadträtin Veronika Heller Stellungnahme des Stadtrates *

"Ich danke Ihnen dafür, dass der Tadel relativ milde ausgefallen ist. Dies hat wohl auch damit zu tun, dass ich erst seit zwei Jahren für das Personal verantwortlich bin, und schlicht niemand mehr nachvollziehen konnte, weshalb der Stellenplan seit 1992 nie mehr beim Parlament gelandet ist. Jedenfalls ist er auch nicht mehr verlangt worden. Als er vor einiger Zeit verlangt wurde, haben wir ihn geliefert.

Der Stadtrat und ich als Personalreferentin sind sehr froh, dass es uns zusammen mit der GPK gelungen ist, für den Stellenplan der Stadt eine neue Basis und einen "modus vivendi" für die Zukunft zu finden. Die Unterlagen dazu finden Sie alle in der Vorlage vom 15. Mai 2001 und in einer zusammenfassenden Übersicht, welche die Beschlüsse der GPK widerspiegelt und Ihnen mit Datum vom 5. März 2002 zugestellt worden ist. Auf Wunsch kann selbstverständlich die komplette Neuauflage angefordert werden, aber wir möchten Sie nicht mit Papier eindecken.

Dem GPK-Präsidenten danke ich für die fundierte Darstellung der Arbeiten und Diskussionen, vor allem aber - allen Mitgliedern der GPK - für die konstruktive Zusammenarbeit, die uns schliesslich erlaubt hat, diesen "modus vivendi" zu finden - auch für die Zukunft. Eine Zukunft, die der Exekutive immer noch einen gewissen Handlungsspielraum belässt. So kann der Stadtrat im Personalbereich seine Aufgaben auch wirklich wahrnehmen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind unsere wichtigste Ressource. Ohne ihren motivierten Einsatz können die Dienstleistungen, welche die Stadt zu erbringen hat und erbringen will, nämlich nicht, oder nicht rechtzeitig, oder nicht in der erforderlichen Qualität erfüllt werden.

In Zukunft wird das Parlament wieder jährlich eine Zusammenstellung erhalten und so über den Stand der Dinge laufend informiert sein, wie wir Ihnen das zugesichert haben. Was die Richtlinien anbetrifft, so werden wir sie so bald als möglich ausarbeiten und dann die GPK darüber informieren.

Ich bitte Sie, auch im Namen des Stadtrates, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen.

Noch zu den einzelnen Voten:

Der GPK-Präsident Alfred Zollinger hat den zeitlichen Ablauf und den Inhalt der Beratungen in der GPK sehr gut dargestellt, so dass wir dies nicht mehr ergänzen müssen.

Ich bin auch froh, dass Sie sich damit einverstanden erklären können, jetzt einen Strich zu machen und uns ermöglichen, von einer neuen Basis ausgehen zu können.

Herrn Hotz danke ich für die Blumen. Es ist immer unser Bestreben, dass wir unsere Arbeiten und Dienstleistungen mit dem nötigen und richtigen Personal erfüllen können. Aber wenn der Abbau allzu gross wird, dann muss auch bei den Dienstleistungen abgebaut werden. Wir sollten uns ja auch im Zusammenhang mit der Vorlage über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung Gedanken machen, wie wir unsere Arbeit erfüllen wollen. Da werden wir genügend Gelegenheit haben, uns mit dieser Frage zu befassen und zu entscheiden, wie sich das entwickeln soll.

Peter Möller hat den Fund des Ei's des Columbus gewürdigt. Es ist dies fast saisongerecht und natürlich erfreulich.

Kurt Zubler möchte ich zu bedenken geben, dass die angesprochenen Einstufungen seit der letzten Revision der Besoldungsverordnung mittlerweile auch 11 Jahre zurück liegen. Eine öffentliche Verwaltung ist nichts Statisches. Das ist ein dynamisches Gebilde, das sich weiterentwickelt hat, das in verschiedenen Bereichen nicht mehr stimmt. Dies ist mit ein Grund, weshalb die Revision auch auf kantonaler Ebene an die Hand genommen wurde, weil auch die Aufgabenstellungen z.T. nicht mehr dieselben sind wie vor 10 Jahren. Zum Aspekt Gleichberechtigung kann ich einfach sagen, dass es bei mir 2 Ressortleiterinnen hat (je eine beim Personaldienst und in der Zentralverwaltung), welche beide zu Recht relativ hoch eingestuft sind.

Ich hoffe nun, dass Sie auf die Vorlage eintreten und ihr zustimmen, so dass wir nachher auf dieser Basis weiter arbeiten können. Ich danke Ihnen."

Bea Hauser (SP)

Votum

"Als Mitglied der SPK "Reorganisation des Museums zu Allerheiligen und Integration des Kulturdienstes" würde mich schon interessieren, was unser Kulturreferent zu den Ausführungen der Präsidentin der SPK, Susanna Freivogel zu sagen hat. Wir müssen doch wissen, wie es um diesen Bericht steht, den wir zu erwarten haben. Um diesem Stellenplan zustimmen zu können, müssen wir doch wissen, wann wir diesen Bericht erwarten können, damit wir die Arbeit in der SPK abschliessen können. Ich möchte etwas hören, sonst kann ich dem Stellenplan nicht zustimmen."

Stadtrat Thomas Feurer

"Es ist nicht meine Art, etwas nicht zu sagen, das zu sagen wäre. Susanna Freivogel hat eigentlich alles gesagt. Ich zitiere aus dem Protokoll der letzten Sitzung dieser SPK. Unter Punkt 4 heisst es: "Die Verantwortlichen des Kulturreferats unterbreiten nach Abschluss der Reorganisation, spätestens bis Mitte des Jahres 2002 einen Bericht über den städtischen Kulturbereich in finanzieller und personeller Hinsicht zu Händen des Grossen Stadtrates."

Unter Punkt 5 heisst es: "Nach Genehmigung des Stellenplanes - das haben wir jetzt abgewartet; das ist die Debatte heute - und nach Zuweisung des beantragten Berichtes der Museumsleitung an die SPK werden die Mitglieder die Detailberatung nochmals aufnehmen und die bereinigte Vorlage bzw. einen entsprechenden Schlussbericht zu Händen des Grossen Stadtrates verabschieden."

Das ist für mich ein Befehl. Das werden wir gerne so ausführen, um auch die Transparenz herzustellen."

Die **Ratspräsidentin** stellt fest, dass kein Antrag auf Nichteintreten gestellt wurde.

EINTRETEN ist somit beschlossen.

DETAILBERATUNG

Ernst Spengler (SVP), 1. Vizepräsident verliest die Seitenzahlen 1 - 3 der Vorlage des Stadtrates vom 15. Mai 2001.

Das Wort hierzu wird nicht verlangt.

ANTRAG

Ernst Spengler (SVP), 1. Vizepräsident verliest den modifizierten Antrag, wie er auf Seite 3 des Papiers des Personaldienstes vom 5. März 2002 formuliert ist:

Der Grosse Stadtrat genehmigt den vorgelegten Soll-Stellenplan vom 15. Mai 2001, nach den Änderungen der GPK vom 21. Februar 2002, per 1. Januar 2002.

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat stimmt der Vorlage des Stadtrates vom 15. Mai 2001 zu und heisst den präzisierten Antrag mit **47 : 0 Stimmen** gut.

Das Geschäft ist erledigt.

**Traktandum 2 INTERPELLATION Dr. Raphaël Rohner (FDP) -
Gewährleistung der öffentl. Sicherheit u.
Schutz von Eigentum**

Die Interpellation wurde am 14. August 2001 eingereicht.

Raphaël Rohner (FDP) Begründung *

"Verschiedentlich musste die Schaffhauser Bevölkerung in den vergangenen Wochen und Monaten Kenntnis nehmen von bedauerlichen Vandalenakten an öffentlichem und privatem Eigentum. Ein erschreckendes Beispiel ist die Verwüstung des Soldatendenkmals während der Jubiläumsfeierlichkeiten SH 500."

Mit diesen zwei Sätzen habe ich meine Interpellationsschrift vom 14. August 2001 eingeleitet - seither sind genau sieben Monate vergangen.

Normalerweise kann nach einer so langen Zeit nur noch festgestellt und gleichzeitig beklagt werden, es sei das unselige Schicksal von Interpellationen und somit auch von Interpellantinnen und Interpellanten, dass sie in Bezug auf die Aktualität des Themas zu Opfern der Traktandenliste geworden und sie von den Ereignissen überrollt worden seien.

Diese Feststellung trifft für die von mir aufgenommene Problematik nicht zu. Sie wissen es: Das Thema ist - leider ist man zu sagen versucht - aktueller denn je, wenn man die Berichte und Kommentare in der Tagespresse und in den übrigen Medien zur Kenntnis nimmt. Ich verweise unter anderem auf einen brandaktuellen Artikel in der NZZ vom 12. März 2002, der sich ebenfalls diesem Thema widmet.

Verfolgen wir die Berichterstattung in den regionalen Medien, so stellen wir fest, dass seit dem vergangenen August stets über neue Vorfälle orientiert wird. Pressekommentare mit Empfehlungen an Behörden und Polizei nehmen zu. Die Diskussionen zu Fragen der Gewalt und der Sicherheit werden in der Öffentlichkeit vermehrt geführt. Ich bin selten von so zahlreichen Mitbürgerinnen und Mitbürgern auf die Thematik angesprochen worden, und zwar bis zum heutigen Tag.

Mit einer gewissen Befriedigung kann ich bereits jetzt sagen, dass zwischenzeitlich - wohl wegen der Nachhaltigkeit des regelmässigen Erscheinens der Interpellation auf der publizierten Traktandenliste des Grossen Stadtrates - seitens der zuständigen Behörden gewisse Schritte im Hinblick auf die Verbesserung der Situation eingeleitet worden sind. Mit "gewissen Behörden" meine ich den Stadtrat und allen voran den Stadtpräsidenten, nicht zuletzt aber auch die Polizeiorgane.

Damit ist eine erste Absicht von mir erfüllt worden. Nach langem Zuschauen, Stillschweigen und einer gewissen Ratlosigkeit ob der Situation und ihrer Entwicklung bis in den späten Sommer des vergangenen Jahres, ist von den Verantwortlichen der Stadt das Heft wieder in die Hand genommen worden. Man macht sich konkrete Überlegungen zu nachhaltigen Massnahmen, versucht auch mit gutem Willen und im Rahmen des personell Möglichen, die Spitze der Problematik zu brechen. Dafür möchte ich dem Stadtrat danken!

Es gibt aber noch viel zu tun! Die Nächte werden wärmer und damit die Aktivität und der Aktionsradius gewisser Leute grösser. Die vom Kanton eingesetzte Arbeitsgruppe allein wird der Lage nicht Herr werden. Gefordert sind konkrete Massnahmen auf der Gasse!

Eines sei gleich zu Beginn betont:

Es geht mir nicht darum, aufzuzeigen, dass das neue Polizeimodell mit der Schaffhauser Einheitspolizei nicht funktioniere. Das möchte ich mir mit Nachdruck verbeten haben. Denn das wäre zu einfach und vor allem in keiner Weise zutreffend. Aus meiner Sicht funktioniert dieses Modell gut - besser gar, als von gewissen Kreisen erwartet.

Die Problematik als solche hätte sich wohl auch ergeben, wenn wir noch über zwei Polizeikorps verfügt hätten, nämlich ein städtisches und ein kantonales. Die Ursachen sind anderweitig zu lokalisieren.

Nun aber zur Interpellation:

Die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und der Schutz von privatem oder öffentlichem Eigentum war bis vor kurzer Zeit in unseren Gegenden kein Thema, das einer politischen Diskussion bedürft hätte.

Die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und der Schutz des Privateigentums gehörten seit Jahrzehnten, ja seit Jahrhunderten zum eigentlichen Selbstverständnis des menschlichen Zusammenlebens.

Sie wissen: Eines der ursprünglichsten Anliegen jeder staatlichen Gemeinschaft war schon von Alters her der Schutz des Friedens - des so genannten Rechtsfriedens. Dazu bekannte sich eine grosse Mehrheit der Bevölkerung ohne Weiteres, so wie sie es im Übrigen auch heute noch tut.

Im Mittelalter wurden Bündnisse geschlossen, deren Hauptzweck es war, den Rechtsfrieden zu gewährleisten. Dazu gehören unter anderem der Bund der drei Waldstätten von 1291, dem der Stand Schaffhausen im Jahre 1501 beigetreten ist. Reichslandesfriedensschlüsse waren zentrale Anliegen der Obrigkeit, um die innere Sicherheit für die Bevölkerung nachhaltig zu sichern.

Es handelte sich also um eigentliche Friedensbündnisse, die zum Schutz der Einwohnerinnen und Einwohner gegen Aussen und zur Durchsetzung der Rechtsordnung im Innern eingegangen worden waren.

Der seinerzeit viel verwendete und von uns heute fälschlicherweise belächelte Begriff "ewig" (ewiger Bund; ewiger Reichslandesfriedensschluss) kann auch dahin ausgelegt werden, dass Nachhaltigkeit durchaus gewünscht war.

Zu Beginn der Neuzeit, im 16. Jahrhundert, wurden denn auch mit der Bildung der Nationalstaaten die ersten Polizeiordnungen kreiert, worin bereits die Rede ist von der sogenannten "guten Polizey", die für die Sicherheit zuständig war.

Der eigentliche Schutz der Einwohnerinnen und Einwohner einer staatlichen Gemeinschaft war denn auch im 19. Jahrhundert eines der zentralen Aufgaben des

liberalen Nationalstaates - dies in einer Zeit also, wo dem Staat noch keine weiteren Aufgaben gegenüber seinen Bürgern oblagen, wie heute mit beispielsweise der sozialen Wohlfahrt oder dem öffentlichen Gesundheitswesen.

Gestützt auf die vorangehenden Ausführungen können wir also davon ausgehen, dass "die öffentliche Sicherheit und der Schutz von Eigentum" wohl "per Definitionem" zu den eigentlichen Grundbedürfnissen der Menschheit gehören, denen sich jede Art staatlicher Gemeinschaft anzunehmen hat. Diese gilt es zu sichern im Rahmen der Möglichkeiten, die uns der moderne Rechtsstaat bietet.

Der moderne staatsrechtliche Begriff des sogenannt "öffentlichen Interesses" beinhaltet all das, was der Staat zum Gemeinwohl und dessen Erhaltung vorkehren muss.

Dazu gehören auch die polizeilichen Interessen. Es geht hier um Einschränkungen des individuellen Handelns, die es vorzunehmen gilt zwecks Erhaltung der rechtsstaatlichen Ordnung im höheren Interesse der Gemeinschaft.

Solche Einschränkungen aus sogenannt polizeilichen Gründen kennen wir vor allem im Zusammenhang mit dem Schutz der öffentlichen Ordnung, Ruhe und Sicherheit und des Privateigentums.

Die Zuständigkeit zum Schutz dieser polizeilichen Güter liegt in der Schweiz nicht beim Bund, sondern bei den Kantonen.

Im Gesetz über die Organisation des Polizeiwesens des Kantons Schaffhausen vom 21. Februar 2000 ist denn im sogenannten Grundsatzartikel 2 Folgendes festgehalten: "Die Polizei sorgt für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit, Ruhe und Ordnung und unterstützt die Behörden bei der Durchsetzung der Rechtsordnung, soweit die Anwendung von Zwang eine polizeiliche Mitwirkung erfordert. (...)"

In Art. 5 des genannten kantonalen Erlasses wird dann die konkrete Zuständigkeit zugewiesen: "Die Sicherheitspolizei sorgt für die unmittelbare Durchsetzung der Vorschriften über die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit."

Somit ist die Rechtsgrundlage in Bezug auf Auftrag und Zuständigkeiten klar gegeben. Der Vollzug muss nun sicher gestellt werden.

In der inhaltlich nicht mehr ganz den aktuellen Gegebenheiten der Polizeiorganisation angepassten Polizeiverordnung der Stadt Schaffhausen wird in Art. 1 (Zweck und Geltungsbereich) darauf hingewiesen, dass die Verordnung primär der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung diene. In Art. 8 der genannten städtischen Verordnung steht des Weiteren: "Es ist verboten, Personen zu belästigen oder in ihrer Sicherheit zu gefährden. Insbesondere sind untersagt: Anstiftung zu und Austragung von Schlägereien, Ruhestörung, Erregung öffentlichen Ärgernisses." In Art. 9 steht: "Unfug an öffentlichen Sachen oder privatem Eigentum ist verboten. Insbesondere ist es untersagt, Sachen unberechtigt zu verunreinigen, zu verändern, zu entfernen oder zu zerstören."

Dies waren einige Ausführungen zur Begriffsklärung und zu den geltenden Rechtsgrundlagen. Nun wollen wir uns aber der Problematik in der Stadt Schaffhausen zuwenden.

Ich habe im vergangenen Sommer folgende These aufgestellt:

"In der Stadt Schaffhausen hat sich die Situation in Bezug auf die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und den Schutz des Eigentums in den vergangenen Monaten erheblich verschlechtert."

Der Beweis für deren Richtigkeit ist *leider auch heute* problemlos anzutreten - und bedürfte nach den zahlreich erschienenen Presseberichten und Medienmitteilungen eigentlich gar keiner langen Ausführungen mehr.

Eines steht fest: Eine breite Öffentlichkeit nicht nur in der Altstadt fordert die Überprüfung und Einleitung geeigneter Sofortmassnahmen.

Wir sind daher als politische VerantwortungsträgerInnen in Pflicht genommen, und müssen den Stadtrat als Exekutivbehörde in jeder Hinsicht unterstützen, dass möglichst schnell und nachhaltig Abhilfe geschaffen werden kann.

Nachfolgend seien noch einige Fakten und Ereignisse aus den vergangenen drei Monaten in Erinnerung gerufen:

- Viele Einwohnerinnen und Einwohner fühlen sich je länger je mehr verunsichert, wenn sie sich abends auf dem Gelände des Bushofes, des Bahnhofes oder der Altstadt - in den Sommermonaten teilweise auch im Bereich des "Lindli" - aufhalten. Grundsätzlich handelt es sich hier um öffentlichen, allen Einwohnerinnen und Einwohnern zugänglichen Grund und Boden bzw. um öffentliche Gebäude, die wie beispielsweise der Bahnhof einem bestimmten Zweck gewidmet sind. Gehen Sie nun einmal abends auf den Bahnhof, und sehen Sie sich im Bereich der Schalterhalle oder der Bushaltestellen um. Das subjektive Empfinden der Unsicherheit wird sich durch die Anwesenheit jugendlicher Banden, die randalieren und sich teilweise aufdringlich, provozierend und gar aufsässig verhalten, auch bei Ihnen einstellen. Gleiches gilt für das "Lindli", das immer noch als Erholungsraum für alle gilt: Kann man sich dort noch wohl fühlen, wenn an Sommerabenden die Mülleimer überquellen, Unrat auf den Wiesen und Stegen herum liegt, zertrümmerte Flaschen in Weidlingen liegen? Trägt dies zur viel gepriesenen Tourismusförderung bei? Ist es Sache des Tiefbauamtes, hier täglich für Ordnung zu sorgen?
- Nach der Räumung der offenen Drogenszene hat sich die Situation an der Repfergasse vorübergehend verbessert. Man konnte sich wieder direkt vom Platz an die Bachstrasse begeben. Nun sind es Nachtschwärmer, Alkoholiker und Randalierer, welche durch ihr Verhalten zur Belastung von Anwohnerinnen und Anwohnern wie auch von Passanten werden. Betroffen ist das ganze "Bermudadreieck". Die Anwohner haben sich denn auch zu Recht mit einer Petition an den Stadtrat gewendet. Ein attraktives Freizeitangebot zu nächtlicher Stunde in der Altstadt ist zwar wünschenswert, muss aber den berechtigten Anliegen der Anwohnerschaft und der ebenfalls betroffenen Geschäfts-

Inhaberinnen und -inhaber Rechnung tragen. Hier gilt es, eine sorgfältige Güterabwägung vorzunehmen.

- Damit mir niemand Übertreibung oder einseitige Darstellung des Sachverhaltes vorwerfen kann: Der Chef der Sicherheitspolizei hat bereits in den Schaffhauser Nachrichten vom 22. August 2001 bestätigt, dass die Polizei vermehrte Tendenz zu Nachtruhestörungen und Sachbeschädigungen, insbesondere an den neuralgischen Punkten - wozu er unter anderem das "Lindli" und die Repfergasse zählt - festgestellt hat. Der Kommandant der Schaffhauser Polizei, Major Brigger, hat dies anlässlich einer Podiumsdiskussion zu diesem Thema vom 5. Dezember 2001, die von Radio Munot ausgestrahlt worden ist, bestätigt.
- In den Schaffhauser Nachrichten vom 31. August 2001 wird erstmals von einer Zunahme von Gewaltanwendungen und zwar nicht nur an kritischen Wochenenden berichtet. "Praktisch kein Wochenende vergeht, ohne dass nicht Leute in der Altstadt zumindest angepöbelt, angerempelt oder sogar zusammengeschlagen werden."
- Am 22. Juli 2001 wurde der Sohn eines Ihnen bekannten Kantonsrates am "Lindli" Opfer eines massiven tätlichen Angriffs einer jugendlichen Bande.
- Am 27. August 2001 wurde ein Passant auf dem "Platz" spitalreif geschlagen.
- Organisierte Jugendbanden, z.T. ausländischer Herkunft, sind seit einigen Monaten zum echten Sicherheitsproblem geworden.
- In der AZ vom 4. Januar 2002 wird in einem eindrücklichen Bericht unter dem Titel "Verkommt die Altstadt zum Slum" unter anderem von Beschädigungen an Fahrzeugen, eingetretenen Haustüren, eingeschlagenen Schaufenstern, zertrampelten Bepflanzungen usw. gesprochen. Die erwähnten Petenten aus der Altstadt beklagen den Umstand, dass vor und nach Schliessung der Lokale die umliegenden Haus- und Geschäftseingänge als Mülleimer und Toiletten missbraucht werden. Hier geht es nicht mehr um sogenannte "dumme Jungenstreiche", sondern offensichtlich um mutwillige Beschädigungen, sprich Vandalismus.
- Die Verwüstung des Soldatendenkmals in der Nacht auf den Jubiläumstag vom 10. August 2001 hat gezeigt, dass gewisse Gruppierungen oder Einzelpersonen nicht einmal davor zurückschrecken, ein Ehrenmahl zu schänden. Damit wird eine Respektlosigkeit vor den hier geehrten Personen an den Tag gelegt, die ihresgleichen sucht.

Ich stelle fest: Wir alle - ob schweizerische oder ausländische Einwohnerinnen und Einwohner dieser Stadt, ob jung oder alt - haben einen berechtigten Anspruch auf Schutz und Sicherheit.

Ich fordere: Die Problematik ist unverzüglich anzugehen und die Situation nachhaltig zu verbessern. Wie erwähnt zählen die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung und der Schutz von öffentlichem und privatem Eigentum zu den Hauptaufgaben des Gemeinwesens. Dieser Schutz muss wieder vorbehaltlos und

vollumfänglich gewährleistet sein. Die gesetzlichen Grundlagen für ein Eingreifen sind vorhanden.

Ich weiss, der Stadtrat und insbesondere der Stadtpräsident als Polizeireferent haben sich in dieser Angelegenheit im Rahmen ihrer Kompetenzen bereits stark engagiert und gegenüber dem Kanton die Bedürfnisse der Stadt dargelegt. Dafür ist ihnen zu danken.

Dass die Verantwortung für die festgestellte Eskalation der Gewalt auch nicht primär bei den Verantwortlichen der Polizei gesucht werden kann, ist Ihnen allen bestimmt klar. Wenn nicht, wird es Ihnen klar werden, wenn Sie zur Kenntnis nehmen müssen, dass das Schaffhauser Polizeikorps Ende August 2001 einen Unterbestand von 16 Personen aufgewiesen hat - das sind rund 10% des eigentlichen Sollbestandes von 168,3 Stellen.

Zur Zeit verfügt die Schaffhauser Polizei über einen Bestand von 148 Personen, davon 8 Zivilisten, also eigentlich 140 Polizistinnen und Polizisten. Der Bestand hat demzufolge weiter abgenommen. Vergleichen wir diese Zahlen mit dem Bestand des Polizeikorps des Kantons Zug: Dieser etwa gleich grosse Kanton verfügt über 246 Polizeibeamtinnen und -beamte.

Wir fordern als Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Schaffhausen eine vermehrte Patrouillentätigkeit der Polizei auf dem Gebiet der Altstadt.

Wir fordern auch vermehrte Präsenz in den Quartieren. Dazu muss aber das notwendige Personal zur Verfügung gestellt werden. Mindestens der Sollbestand des Korps muss wieder erreicht werden.

Gleichzeitig ist zu prüfen, inwieweit die Polizei von Aufgaben, die nun wirklich nicht zu ihrem eigentlichen Kernauftrag gehören, aber trotzdem von ihr erledigt werden, entlastet werden soll. Dazu gehören beispielsweise der Ambulanzdienst oder die Führung einer eigenen aufwändigen EDV.

Der Stadtrat muss sich auch weiterhin und mit Nachdruck auf kantonaler Ebene bzw. in der Polizeikommission für eine Verbesserung der Situation einsetzen. Die Anliegen der Stadt müssen hier vermehrt zur Kenntnis genommen werden!

Auch die Angehörigen des Polizeikorps, die im Übrigen im Rahmen des Möglichen ihr Bestes geben - das sei hier zu betonen -, werden es ihm danken.

Der vorgesehene Einsatz einer Arbeitsgruppe, die sich der Problematik annimmt, ist ansatzweise richtig, sofern es um eine mittel- und langfristige Strategie geht. Parallel dazu sind jedoch Sofortmassnahmen einzuleiten!

Sollte der Stadtrat beim Kanton nicht auf offene Ohren stossen, sind auch unkonventionelle Mittel zu prüfen, um dem Sicherheitsbedürfnis auf Stadtgebiet gerecht zu werden und weiteren Vandalismus zu verhindern: Sollte es sich nämlich als notwendig erweisen, dass die Stadt einen privaten Sicherheitsdienst für den Einsatz an kritischen Wochentagen einsetzen muss, wäre eine Verrechnung der daraus resultierenden Kosten mit dem Beitrag der Stadt an die Schaffhauser Polizei einer genauen rechtlichen Prüfung zu unterziehen.

Art. 29 des eingangs angeführten Polizeiorganisationsgesetzes verpflichtet ja die Gemeinden zur finanziellen Beteiligung an den Kosten, welche dem Kanton im Bereich der Sicherheits- und der Verkehrspolizei erwachsen. Als zahlende Gemeinde kann man umgekehrt erwarten, dass diese Aufgaben erfüllt werden.

Zur Erinnerung: Der Beitrag der Stadt beträgt gemäss Anhang zum Gesetz 4'925'360 Franken.

Wir haben seinerzeit Ja gesagt zu einer Einheitspolizei. Nun muss der Stadt auch das ihren Bedürfnissen und Problemen entsprechende Potenzial an polizeilichen Mitteln zur Verfügung gestellt werden.

Nicht nur ich, sondern auch die Anwohnerinnen und Anwohner der Altstadt wie auch zahlreiche betroffene Geschäftsleute erwarten mit Interesse die Antwort des Stadtrates."

Stadtpräsident Marcel Wenger Antwort des Stadtrates *

"Ich bin GrSR Raphaël Rohner sehr dankbar, dass er das Thema Sicherheit in der Interpellation aufgegriffen hat. Es ist leider sehr lange gegangen, bis wir darüber sprechen konnten. Aber immerhin haben wir den Vorteil, dass bereits am letzten Montag beim Geschäft "Aufstockung der Jugendanwaltschaft" einige dieser Aspekte im Kantonsrat diskutiert werden konnten. Ich habe selbstverständlich damals und natürlich schon früher in der Polizeikommission Dinge eingebracht, die eigentlich auch heute in der Interpellationsbegründung von Raphaël Rohner zu hören waren. Deswegen kann es durchaus sein, dass meine Antwort gewisse Elemente enthält, die der Interpellant in seiner Begründung schon angeführt hat. Ich werde trotzdem die stadträtliche Antwort vollumfänglich liefern.

Vorbemerkungen

Die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung und der Schutz sowohl öffentlichen wie privaten Eigentums sind Kernaufgaben des Staates. Im Kanton Schaffhausen sind diese durch das neue Polizeiorganisationsgesetz POG im Bereich der Sicherheitspolizei der gemeinsamen Schaffhauser Polizei übertragen. Die gesetzliche Grundlage dafür findet sich sowohl in Art. 2 des POG sowie für die Sicherheitspolizei ausdrücklich in Art. 5. Der Artikel 9 des erwähnten Erlasses ermöglicht den Gemeinden bei der Sicherheitspolizei ein Mitspracherecht, sowie für die Gemeinden Schaffhausen und Neuhausen am Rheinfall ausdrücklich ein Weisungsrecht für Einsatzschwergewichte bei der Patrouillentätigkeit und bei Verkehrskontrollen. Dieser Artikel zeigt, dass die Gemeinden im Bereich der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und der öffentlichen Sicherheit nach wie vor ein hohes Interesse an einer Durchsetzung dieser zentralen Anliegen des Gemeinwesens haben müssen. Deshalb begrüsst der Stadtrat, dass die Interpellation Rohner die Gelegenheit schafft, über den Stand der Dinge in diesem Fragenkomplex zu informieren und Anregungen aus dem Grossen Stadtrat entgegenzunehmen, wie mit einer veränderten Sicherheitslage in unserer Stadt umzugehen ist.

Im Laufe des Jahres 2001 ist es in der Stadt Schaffhausen zu auffällig zahlreichen Vandalenakten gegen öffentliches und privates Eigentum gekommen. Die Sachbeschädigungen, Sprayereien, aber auch böswillige Beschädigungen öffentlicher Einrichtungen und privater Liegenschaften haben zugenommen.

Die Skala der Aktivitäten reicht vom Besprayen renovierter Gebäude bis zur mutwilligen Zerstörung von Teilen der Stadtbeleuchtung, dem in Brand setzen von Abfallbehältern, dem Urinieren in Hauseingänge und der Zerschlagung von Flaschen und Gläsern in den Altstadtgassen. Aber auch vornehmlich an lauen Sommerwochenenden betroffen von diesen Erscheinungen waren das Lindli und die dort stationierten Boote. Die anlässlich der Behandlung der Interpellation Huber gemachten Feststellungen über die Rolle übermässigen Alkoholgenusses als Ursache der Ereignisse haben auch hier uneingeschränkt Gültigkeit.

Leider ist es nicht nur bei Sachschäden geblieben. Vermehrt werden von Eltern und Schülerinnen und Schülern Klagen laut, wonach das Ausgehverhalten gewisser Gruppen von Jugendlichen regelmässig durch Gewalt gegenüber Gleichaltrigen und Renitenz gegenüber selbst uniformierten Ordnungsorganen geprägt ist. In der Altstadt hat die Petition der Arbeitsgruppe Repfergasse zu Recht auf die erwähnten Sicherheitsdefizite aufmerksam gemacht. Die Interpellation Rohner, welche bereits im August vergangenen Jahres eingereicht wurde, hat diese Tendenz zur Verrohung der Ausgehritten schon früh erkannt. Auch der Stadtrat hat sich im Verlaufe des vergangenen Sommers verstärkt mit diesen Fragen beschäftigen müssen und entsprechende Massnahmen eingeleitet, die mit der Fragenbeantwortung zur Interpellation auch dem Grossen Stadtrat zur Kenntnis gebracht werden können.

Frage 1: Grundsätzliche Beurteilung der Problematik

Nicht nur in unserer Stadt, sondern in der gesamten Schweiz ist eine Zunahme der Gewalt unter Jugendlichen und eine gewisse Verrohung der Sitten zu verzeichnen. Ich erinnere daran, dass z.B. diskutiert wird, ob man uniformierte Rekruten im Ausgang mit Pfefferspray bewaffnen soll oder nicht. Dies ist nicht zufällig entstanden. Die Schweizer Bevölkerung muss im Gefolge der Rezession der 90iger Jahre und mit steigendem wirtschaftlichem Druck auf den Einzelnen mit den verschiedensten negativen Faktoren betreffend den Integrationsgrad fertig werden. Brisante Studienergebnisse im Kanton Zürich haben ergeben, dass das Bildungsniveau direkt mit dem Hang zur Gewalt zusammenhängt. Je höher der Anteil gesellschaftlich und bildungspolitisch perspektivloser Jugendlicher in einer Gesellschaft ist, desto höher ist die Rate der erfassten Gewaltdelikte. Die Jugendanwälte des Kantons Zürich haben aus Daten der Jahre 1995 bis 1997 erschreckende Zusammenhänge zwischen fehlender Bildung und Gewalt zu Tage gefördert.

Die seit einiger Zeit zu beobachtende Zunahme von Schlägereien unter Beteiligung Jugendlicher verschiedener Nationalität hat ihre Ursache teilweise in interkulturellen Differenzen, aber auch in der erwähnten faktischen Chancenungleichheit, was die Bildungsvoraussetzungen angeht. Auch in unserer Stadt sind die gesellschaftlichen Unterschiede vor allem unter Jungen deutlich schärfer geworden. Ein nicht unwesentlicher Anteil Jugendlicher aus ausländischen Milieus wird in unserer Gesellschaft, in der grundsätzlich leider fast alles erlaubt ist, mit Werten konfrontiert, welche in scharfem Gegensatz zur kulturellen und sozialen Welt der Herkunftsländer steht. In "unserer Kultur" ist der Umgang mit der Alltagsdroge Alkohol gesellschaftliche Normalität. Die Auflösung traditioneller Familienbindungen, die Rolle von Mann und Frau, der Umgang mit sexuellen Freiheiten, der Konsum von Gewaltvideos, der Zugang zu entsprechenden Computergames sind Elemente, die in den Zuwandererfamilien die bisherige Ordnung auf den Kopf stellen. Oft kommt dazu die Erwerbslosigkeit der Eltern und die damit verbundene soziale Ausgrenzung, welche noch verstärkt wird durch sprachliche Barrieren, die zwischen Eltern und

Kindern durch die schulische Sprachintegration der Kinder aufgebaut werden. Die Kinder bewegen sich in unserer Gesellschaft oft leichter als die Eltern, was die herkömmlichen Familienautoritäten stark belastet.

Die Problematik wachsender Gewalt, zunehmender gesellschaftlicher Auflösung und grösser werdender Unterschiede zwischen den verschiedensten Bevölkerungsschichten in unserer Stadt beurteilt der Stadtrat als besorgniserregend. Indessen sind polizeiliche Mittel dagegen nur ein Ansatzpunkt und zudem nur kurzfristig wirksam. Neben der Repression sind vor allem mittel- und längerfristig gesellschaftspolitische Massnahmen gefordert. Diese müssen finanziert werden, und zwar sowohl vom Bund wie auch von den Kantonen. Diese sind auch die Verantwortlichen für die Rechtsetzung im Migrationsrecht und bei Niederlassung und Aufenthalt. Den Gemeinden wird beim Vollzug vor allem bei den mittel- und langfristigen Massnahmen der gesellschaftlichen Integration eine wichtige Rolle zukommen.

Der Kanton Basel Stadt hat als Grenzkanton die Bedeutung von Migrations- und Integrationsfragen erkannt und dafür eigens einen Delegierten beauftragt. Interessant sind dessen Forderungen, die praktisch deckungsgleich mit den verschiedentlich im Grossen Stadtrat erhobenen Forderungen nach vorschulischer, schulischer und sozialer Integration sind: Die sechs Punkte für eine bessere Integration Jugendlicher in unserem Land sind die Folgenden:

1. Krippenplätze schaffen, da Gewaltprävention mit der Familienpolitik beginnt
2. Sprachkindergärten für Kinder aus ausländischen Milieus
3. Verstärkung des sozialen Netzes
4. Integrationskurse für Erwachsene mit Sprachschwergewicht
5. Aufsuchende Jugendarbeit
6. Investitionen in die Infrastruktur von Krippen, Frühkindergärten und Integrations-Einrichtungen

Der Stadtrat weist mit Nachdruck darauf hin, dass Stadt und Kanton allein finanziell mit diesen Massnahmen überfordert sind. Wir sind daher für die Umsetzung dringend auf eine Intensivierung der Familien- und Integrationspolitik des Bundes angewiesen, wollen wir nicht zusätzlichen gesellschaftlichen Sprengstoff schaffen. So gesehen sind auf der Ebene der Kantonsparlamente und im National- und Ständerat die Weichen in die richtige Richtung zu stellen, allerdings auch verbunden mit dem Hinweis darauf, dass uns die bisherige Migrationspolitik entsprechende Integrationskosten verursachen wird. Ich vermisse hier leider auch eine Stimme, die aus dem Kanton Schaffhausen in Bern erhoben wird, die in diese Richtung geht - deutlicher vielleicht, als es bisher der Fall war. Wir haben in Bern offenbar nur Vertreter, die sich gegen den UNO-Beitritt aussprechen und damit Furore machen wollen.

Ich kann Sie an dieser Stelle darüber informieren, dass der Kanton diese Zeichen erkannt hat und mit Bundesbeteiligung und mit der Stadt eine eigentliche Integrationsdrehzscheibe schaffen will, über die alle staatlichen und privaten Beteiligten wirksame Massnahmen diskutieren, koordinieren und umsetzen werden. Heute hat mich der Sozialreferent Thomas Feurer informiert, dass ein detaillierter Projektauftrag bereits ausgearbeitet wurde. Die Stelle, welche dafür nötig ist, wird in den nächsten Tagen gemeinsam mit Stadt und Kanton besetzt werden.

Dazu kommt die von Kanton, Bund und Stadt unterstützte Initiative INTERNETZ, die sich insbesondere mit den Aspekten Gesundheit, Erziehungsfragen und jugendlicher Gewaltbereitschaft befasst, und die sich aus Vertreterinnen und Vertretern aller relevanten Gruppierungen zusammensetzt.

Zusätzlich sind mit dem Hauptvermieter der Birchliegenschaften (Logis Suisse) Wege zu konkreten Massnahmen für eine bessere interne und externe Vernetzung in diesem isolierten Quartier eingeleitet worden. Es gibt natürlich noch andere Schwerpunkte. Dazu zählen z.B. ein Treffpunkt, Infrastrukturen für Kinder und Jugendliche sowie Anpassungen in verkehrstechnischer Hinsicht.

Die Umsetzung dieser notwendigen Initiativen wird uns Geld kosten und, wenn sie nachhaltig sein soll, nicht mit einem einmaligen Mitteleinsatz erledigt sein. Auch an diesen Aufgaben des regionalen Zentrums werden wir kaum auf Finanzhilfen aus den umliegenden Gemeinden zählen können, und Sie sehen einmal mehr, welche Lasten im Vergleich zu unseren Nachbarn aus dem städtischen Haushalt zusätzlich finanziert werden müssen. Vor diesem Hintergrund sage ich Ihnen ganz offen, dass mich die Vorschläge, wie der Finanzausgleich in Zukunft aussehen soll - wie Sie dem Papier des Regierungsrates entnehmen können -, nicht zu Begeisterungstürmen hingerissen haben. Aber wir werden noch Gelegenheit zur Vernehmlassung haben. Ich werde das zusammen mit der Finanzreferentin tun und kritische Anmerkungen anbringen.

Gestatten Sie mir noch ein Wort zum Thema Integration zusätzlich: Leider gibt es unter vielen Integrations- und Leistungswilligen auch Niedergelassene oder Migranten, die das Gastrecht unseres Landes offensichtlich falsch interpretieren und für Gewalt und Straftaten missbrauchen. Diese Minderheit – und ich lege Wert auf diese Einschränkung – ist mit geeigneten juristischen Massnahmen auszuschaffen. Auch dafür zeichnen Bundesgesetzgeber und kantonale Vollzugsbehörden in erster Linie verantwortlich.

Zu Frage 2: Konkrete Massnahme zur Vermeidung von Vandalenakten

Bereits am 9. August 2001 hat der Stadtrat durch Schreiben des Stadtpräsidenten an den Präsidenten der kantonalen Polizeikommission - Regierungsrat Hermann Keller - auf den Handlungsbedarf hingewiesen und eine dringliche Sitzung der Polizeikommission angeregt. Anlässlich dieser Zusammenkunft am 27. August hat der Stadtpräsident unter Berufung auf Art. 9 des POG eine Intensivierung der Polizeipräsenz an den Brennpunkten Repfergasse, Lindli, äussere Vorstadt und Oberstadt sowie Stadthausgasse beantragt. Die Polizeipräsenz wurde in der Folge massiv verstärkt, Sie haben eine entsprechende Information bezüglich Patrouillentätigkeit erhalten. Indessen ging und geht es darum, die Personalkapazitäten der Schaffhauser Polizei insgesamt zu verbessern, weshalb die Vertreter der Stadt in der kantonalen Polizeikommission als Sofortmassnahme für eine Verbesserung des Zulagewesens und eine Intensivierung der Rekrutierungsbemühungen votiert haben. Der Regierungsrat hat mittlerweile eine verbesserte Zulagenordnung verabschieden können. Massnahmen zur Wiederaufstockung des rund 15-prozentigen Unterbestandes sind in Arbeit.

In eigener Kompetenz hat der Stadtrat bei der Sicherheitsfirma Delta am Wochenende vom 23. bis 25. August eine Analyse der konkreten Sicherheitslage in

Auftrag gegeben. Die filmisch dokumentierten Erkenntnisse des Dienstes bilden die Grundlage für die Weiterbearbeitung der Sicherheitsfragen durch die Schaffhauser Polizei und die Ausbildung künftiger Polizeiangehöriger. Die Erkenntnisse aus der Studie Delta waren ernüchternd. Sie bestätigten nicht nur die mittlerweile verschiedentlich beklagte Verrohung der Ausgehritten in unserer Stadt, sondern machten auch auf die Risiken grösserer Ansammlungen ausländischer Jugendlicher in der Altstadt aufmerksam. Die Empfehlungen der Firma Delta bilden den Ausgangspunkt für einen Massnahmenplan, welcher von Stadt und Kanton im Hinblick auf die Sommersaison 2002 und das veränderte Ausgehverhalten erarbeitet wird. Nach Abschluss der Arbeiten, die mit einer Zusammenkunft der verschiedenen kantonalen und städtischen Behörden noch in diesem Monat beginnen werden, werden Regierungs- und Stadtrat die Betroffenen und die Öffentlichkeit darüber informieren. Am 25. März 2002 werden erste konkrete Resultate in dieser Arbeitsgruppe ausgetauscht.

Zu Frage 3: Gespräche mit dem Kanton zur Verstärkung der Patrouillentätigkeit der Schaffhauser Polizei auf dem Gebiet der Stadt

Wie bereits unter Frage 2 erwähnt, hat der Stadtrat von seinem Recht Gebrauch gemacht, die Schaffhauser Polizei gemäss Art. 9 des POG auf eine Verstärkung ihrer Einsatzschwergewichte in der Schaffhauser Altstadt zu verpflichten. Darüber hinaus sind aber auch regelmässige Informationen über die Aktionen zur Bekämpfung der Gewalt unter Jugendlichen seit Spätsommer 2001 durch die Schaffhauser Polizei erstattet worden. Ebenso wird der Polizeireferent und damit die Verwaltungspolizei über besondere Erkenntnisse im Zusammenhang mit Interventionen zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung informiert. Eine weitere Verstärkung der Patrouillentätigkeit der Schaffhauser Polizei über das Ausmass der Anpassungen seit Spätsommer 2001 hinaus ist jedoch nur möglich, wenn der Personalunterbestand beseitigt werden kann. Das hat auch Otto Windler gestern hier in diesem Saal bestätigt. Daraufhin zielen die Interventionen sowohl des Polizeireferenten wie auch der Vertreterin und des Vertreters des Grossen Stadtrates in der Polizeikommission.

Zu Frage 4: Aufstockung des Personalbestandes und Verrechnung zusätzlicher Sicherheitsaufwendungen mit dem Beitrag der Stadt Schaffhausen an die Schaffhauser Polizei

Der Stadtrat ist mit dem Interpellanten dezidiert der Auffassung, dass weder der aktuelle noch der Sollbestand der Schaffhauser Polizei den veränderten Sicherheitsbedürfnissen in Stadt und Kanton gerecht wird. Schaffhausen wird nicht darum herum kommen, seine Polizei bestandes- und organisationsmässig den gesteigerten Anforderungen anzupassen. Dies wird nur schon dadurch klar, dass vergleichbare Polizeiorganisationen in ähnlich kleinen Kantonen bis zu einem Drittel mehr Personal einsetzen. Im Kanton Zug, welcher ebenso wie Schaffhausen Kantons- und Stadtpolizei zusammengelegt hat, leisten über 236 Beamte Polizeidienst. Zug ist bekanntlich kein Grenzkanton, hat aber im Verhältnis Stadt/Land sogar noch die etwas ländlichere Struktur. Mit 90'000 Einwohnerinnen und Einwohnern auf wesentlich homogenerem Kantonsgebiet sind die geographischen Voraussetzungen wesentlich günstiger als in Schaffhausen. Es ist unnötig, daraus abzuleiten, wie unterdotiert das Schaffhauser Corps mit 148 Aktiven heutzutage ist. In dieser Situation kommen bei uns in Schaffhausen präventive Polizeiarbeit und Bürgernähe eindeutig zu kurz.

Die Situation kann nur durch einen mutigen Entscheid zur Aufstockung des Corps und zur Gründung einer eigenen Polizeischule gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit anderen Ostschweizerkantonen entschärft werden. Die reine Interventionspolizei aus Personalnot wird uns sicherheitspolitisch in eine äusserst heikle Situation bringen, wenn nicht bald Besserung eintritt.

In Vorgesprächen mit dem Vorsteher des Polizeidepartements hat der Polizeireferent die Frage der Verrechnungsmöglichkeit bei Kosten zur Überbrückung von Sicherheitsdefiziten erörtert. Nachdem das POG die Verrechnungsmöglichkeit nicht expressis verbis kennt, mit Bezug auf eine im Gesetz nicht vorgesehene Unterdotierung, aber auch der Fall der Verrechnung nicht ausgeschlossen ist, sind sich der Vorsteher des Polizeidepartements und der Polizeireferent darin einig, dass Massnahmen zur Verbesserung der Sicherheit im Rahmen der gemeinsamen Arbeitsgruppe Stadt/Kanton grundsätzlich verrechnungsfähig sein müssen. Diese Interpretation des Gesetzes ist jedoch durch die Arbeitsgruppe zu konkretisieren und bedarf des Einverständnisses der jeweiligen Exekutiven. Das Thema ist nicht abschliessend diskutiert; beide Seiten sind vor allem an einer guten Lösung für die Sicherheit in Stadt und Land interessiert. Das ist der Hauptzweck unserer Bemühungen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit."

Bea Hauser (SP) beantragt Diskussion.

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

Bea Hauser (SP) Votum *

"Diese Interpellation von Raphaël Rohner zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Schutz von Eigentum zielt in die gleiche Richtung wie die Interpellation "Alkoholausschank an Jugendliche unter 18 Jahren" von Hans Peter Huber, welche wir am 15. Januar hier diskutiert haben.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass in zwei Vorstössen bürgerliche Parteienvertreter mehr Sicherheit und mehr Kontrolle verlangen, obwohl gerade die FDP und die SVP im Grossen Rat immer auf dem Buckel des Personals sparen wollen. Es sind die bürgerlichen Fraktionen im Grossen Rat, welche die nötigen Stellen in den letzten Jahren nicht bewilligt haben. Sie können das in den Protokollen nachlesen.

Wieso hat die Schaffhauser Polizei einen solch starken Unterbestand? Nicht nur, weil gewisse Polizeibeamte nach Bern abgeworben wurden oder in die Privatwirtschaft gingen, sondern auch, weil sie das Gefühl haben müssen, bei ihren schwierigen Aufgaben unterbezahlt zu sein.

Der Stadtpräsident - wir sitzen gemeinsam mit Ratskollege Thomas Hauser in der Polizeikommission - hat Ihnen leider jetzt nicht erzählt, welche sofortigen Massnahmen ergriffen werden sollen, um das Polizeikorps für ihre Arbeit ein wenig besser zu entschädigen. Das gehört auch nicht in unseren Rat. Aber es ist gut, dass auch auf der finanziellen Seite etwas passiert, dies ist aber nur ein Tropfen auf einen heissen Stein. Was die SP-Fraktion sehen will, sind Inserate, mit denen Polizeibeamte aktiv für unsere Stadt gesucht werden.

Zumindest werden jetzt Leute gesucht für eine Polizeischule. Polizeikommandant Brigger hat uns gesagt, wenn diese Klasse zustande kommt, dann gibt es die ersten 12 neuen Polizisten und Polizistinnen im Jahr 2005.

Was uns im Gegensatz zu Raphaël Rohner fehlt, ist eine Analyse, ob die Zusammenlegung des städtischen und kantonalen Korps positiv verlaufen ist oder nicht, d.h. ob sie das gebracht hat, was Stadt und Land brauchen. Diese Analyse gibt es nicht, und aufgrund dieser Ungewissheit haben die Bewohnerinnen und Bewohner auch das Gefühl, sie sähen selten bzw. nirgends, weder in der Altstadt noch in den Quartieren, regelmässige Polizeipatrouillen. Es ist ein gewisses Misstrauen da in Bezug auf dieses Zusammenlegungsmodell; es wird nur nie diskutiert, ob es etwas gebracht hat.

Zu Punkt 4 der Interpellation Rohner wird mein Kollege Urs Tanner sprechen. Andere haben auch etwas zu sagen. Ich kann mich kurz fassen. Ich komme auf meine frühere Bemerkung zur Interpellation von Hans Peter Huber zurück: Das vermehrte Auftreten von Vandalismus und Schlägereien ist ein Thema, das zu allererst die Eltern dieser Jugendlichen angeht. Sehr wichtig scheinen mir die von Stadtpräsident Wenger aufgezählten Bemühungen zur Integration. Ich kann Ihnen lediglich sagen, dass die von ihm aufgezählten sechs wichtigen Punkte zur Integration seit etwa 4 Jahren im kommunalpolitischen Programm der SP Stadt stehen."

Urs Tanner (SP) Votum *

"Ich danke GrSR R. Rohner für seine sehr interessante rechtshistorische Vorlesung. Ich kann 90% seiner Analyse beipflichten; auch die Fragen, die er stellt, sind sehr aufschlussreich. Nur beim Punkt 4 habe ich gewisse Bedenken. Was Raphaël Rohner als unkonventionell betitelt, nämlich die Idee, dass ein Sicherheitsdienst - ein privater nota bene - ausnahmsweise an Wochenenden und gegen Verrechnung tätig werden soll, finde ich gar nicht unkonventionell, sondern rechtsstaatlich bedenklich. Ich würde mein Votum unter das Motto stellen: "Wehret den Anfängen oder keine Chance für private Hilfspolizisten oder Sicherheitsdienste."

Das Polizeiorganisationsgesetz sagt im Art. 2 zu den Polizeiliche Aufgaben

Abs. 1 "Die Polizei sorgt für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit, Ruhe und Ordnung und unterstützt die Behörden bei der Durchsetzung der Rechtsordnung, soweit die Anwendung von Zwang gegen Personen und Sachen eine polizeiliche Mitwirkung erfordert. Weiter nimmt sie andere durch die Gesetzgebung übertragenen Aufgaben wahr"

Von Gesetzes wegen ist „die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit, Ruhe und Ordnung" eine Kernaufgabe des Staates, der Polizei.

Hier haben private Hilfspolizisten und Sicherheitsdienste absolut nichts zu suchen.

Es gibt jedoch einen anderen Artikel, nämlich den Art. 15 des POG, welchen niemand erwähnt hat. Dieser regelt die Aufnahmebedingungen in den Polizeidienst. Dort steht geschrieben:

"In den Polizeidienst kann aufgenommen werden, wer das Schweizer Bürgerrecht besitzt, die erforderlichen geistigen, charakterlichen und körperlichen Voraussetzungen erfüllt und eine polizeiliche Grundschule abgeschlossen hat."

Wenn wir gewisse Bereiche und Aufgaben an Private delegieren, delegieren wir auch die Ausbildung und Qualitätskontrollen an Private. Das kann nicht gut gehen. In den USA wurden z.B. vor der Katastrophe vom 11. Sep. 2001 die Kontrollen an den Flughäfen von billigen privaten Sicherheitsdiensten durchgeführt. Diese Leute haben etwa 5 Dollar je Stunde verdient. Es ist völlig klar, dass diese Leute nicht für das Geschehen verantwortlich gemacht werden können, dies ist nur ein Beispiel. Nach der Tragödie vom 11.9. wurde diese Aufgabe ganz schnell verstaatlicht, die Löhne verdoppelt.

Die Polizeigewerkschaft in der Schweiz reagiert verärgert auf die private Billigkonkurrenz, und findet es begreiflicherweise verantwortungslos, wenn Privatpersonen nach einer Schnellbleiche von 2 bis 3 Tagen - Originalton der Gewerkschaft der Polizisten - als bewaffnete Polizisten losgeschickt werden. Das ist nicht die Meinung von Raphaël Rohner, aber es kann eine Richtung anzeigen, wohin es führen kann, wenn man diese private Zusammenarbeit - das Unkonventionelle - will.

Die präventive Wirkung der polizeilichen Uniform:

Die SH Polizei ist meistens uniformiert. Dies dürfte auch eine gewisse Präventivwirkung entfalten.

Wenn der Interpellant sich jetzt durch Sicherheitsdienste in polizeiähnlichen Bekleidungen das selbe erhofft, muss man sagen, dass dies so nicht zulässig wäre:

Art. 27 des POG sagt zu privaten Sicherheitsdiensten in Abs. 2: *"Privatdetektive und private Sicherheitsunternehmen haben alles zu unterlassen, was zu Verwechslungen mit Polizeiorganen führen könnte."*

Schauen wir Beispiele an, wo Gemeinden mit Privaten und Zusatzdiensten operieren:

In den Kantonen Appenzell Ausserrhoden und Luzern wird teilweise mit bewaffneten Zivilschützern zusammen gearbeitet.

Hier muss ich sagen: das würde ich weder unseren Zivilschützern noch der Bevölkerung zumuten.

Im Kanton ZH - in der Gemeinde Egg - machen bewaffnete Privatpolizisten (mit den erwähnten 2 -3 Tagen Blitzausbildung) Patrouillen, überwachen die Parkordnung und, man höre und staune, rücken zu Schlägereien und zu Familienstreitigkeiten aus! Hier erübrigt sich wohl jeder Kommentar zum Thema professionelle Intervention etc..

In der 1000-Seele-Gemeinde Turtmann kommen Privatpolizisten zum Zuge, wenn sie gebraucht werden - das ist sehr marktwirtschaftlich. Diese Lösung ist für die Gemeinde billig: 50 Franken plus Spesen werden diesen Privatpolizisten bezahlt.

Wenn uns professionelle Sicherheit so wenig wert ist, können wir diese Gemeinde ja kopieren!

Und wenn wir schon beim Geld und bei den Löhnen sind, das Schaffhauser Polizeilohnniveau rangiert schweizerisch fast am "Schwanz". Da nützen Inserate nichts, wenn man im Kt. Appenzell mehr verdient, von den Löhnen ennet dem Rhein ganz zu schweigen.

Hier wäre ein Nachholbedarf angezeigt. Das liegt leider nicht in der Kompetenz des Grossen Stadtrates.

Man kann eben nicht schlechte Rahmenbedingungen anbieten und dann die Probleme mit billigen privaten Sicherheitsdiensten lösen.

Interessant ist, dass sowohl der Interpellant als auch der Stadtpräsident den Polizeibestand des Kantons Zug erwähnt haben, welcher wesentlich höher ist als im Kanton SH.

Ich habe mit dem Zuger Polizeikommandanten Oberstlt. Urs Hürlimann gesprochen, und ihn um seine Meinung bezüglich der Delegation von Aufgaben an private Sicherheitsdienste gebeten. Ich zitiere dessen Mail; er hat mich ermächtigt, dies zu tun.

Zitat Hürlimann: *„Grundsätzlich bin ich absolut Ihrer Meinung, das Gewaltmonopol darf nur in der Hand des Staates bleiben. Die Anstellung von solchen Sicherheitsunternehmungen für die Sicherstellung der polizeilichen Aufgaben ist falsch. Es führt zu einer Zweiklassengesellschaft in der Sicherheit, nämlich Leute, die sich Sicherheit leisten können, können sich eine höhere Sicherheit einkaufen, während dem der normale Bürger angewiesen ist, dass der Staat - sprich die Polizei - diese Sicherheit gewährleistet.“*

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit."

Annina Keller (OeBS) Votum *

"Die Interpellantinnen und Interpellanten rufen heute auf, eine Hauptaufgabe des Gemeinwesens wieder vermehrt zu gewährleisten: die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung. Dazu braucht es laut den InterpellantInnen vor allem Ordnungshüter. Würde es brauchen, wenn wir noch welche hätten, welche die Flaschen verscherbelnden Vandalen stoppen könnten. Aber wir sind leider nicht mit einem wirklich guten Vorbild voran gegangen, haben wir doch die Organisation der Ordnungshüter vor noch nicht all zu langer Zeit an den Kanton verscherbelt, wobei die InterpellantInnen nie vom Abtreten einer Hauptaufgabe des Gemeinwesens gesprochen haben

Wie auch immer: der Ruf nach Repression ist verständlich, aber langfristig betrachtet wohl kaum eine Lösung. Um längerfristig eine Beruhigung der Lage zu erreichen, sind vor allem auch präventive Massnahmen nötig. Diese sollten aber nicht so aussehen, wie die Plakatkampagne unserer kantonalen Polizei, welche der Zielgruppe lediglich ein müdes Lächeln abgewinnen konnte. Auch eine Schliessung der Strassencafés um 22.00 Uhr, was - wie mir zu Ohren gekommen ist - ein Vorschlag der angetönten Arbeitsgruppe sein soll, hätte wohl eher eine kontraproduktive Wirkung.

Die Durchmischung des Altstadtpublikums an Wochenenden ist wichtig und muss beibehalten werden, denn leere Gassen verleiten mehr zu Unfug als Gassen mit gut besetzten Strassencafés.

Nun, was können wir tun, ohne Bund und Kanton anrufen zu müssen? Wir könnten Anreize vor allem für unsere sehr jungen MitbürgerInnen schaffen, denn was es nicht mehr gibt, sind Orte, wo sich Jugendliche unter 18 Jahren im Ausgang treffen können.

Blenden wir zurück: Noch vor 10 Jahren vergnügten sich die Jugendlichen in den Jugenddiscos wie z.B. St. Konrad, Chiesgrueb, Rümli, Mambo und Jugendkeller. Diese Lokale boten jedes Wochenende mehreren Hundert Jugendlichen die Möglichkeit, sich auszutoben. Wo haben die unter 18-jährigen dies heute? Vielleicht ein bis zwei Mal pro Monat in der Kammgarn. Zugegeben, die Schliessungen dieser Jugenddiscos waren nicht zuletzt eine Folge mangelnder Eigeninitiative. Aber wollen wir das den Jugendlichen vorhalten und über längere Zeit teure Sicherheitsbeamte in die nächtlichen Gassen schicken?

Wer am Wochenende nur die Möglichkeit hat, in einem Restaurant zu sitzen oder aus dem Rucksack den im Einkaufszentrum gekauften Schnaps zu trinken, kommt zwangsläufig auf dumme Ideen. Wir sollten Anreize schaffen, damit die Zerstreuung dieser Kinder und Jugendlichen in einem sinnvollerem Rahmen ablaufen kann, denn in den Ausgang gehen sie sowieso, wenn dies die Eltern zulassen. Dies hat Bea Hauser auch feststellen müssen. Genau das ist auch Jugendarbeit, für die wir uns in diesem Rat ausgesprochen haben.

Wie könnte ein solches Anreiz-Szenario konkret aussehen? Eine Möglichkeit wäre, durch Aufstockung des Personals im Jugendhaus eine Reaktivierung des Jugendkellers anzustreben, oder durch Jugendarbeit in den Quartieren und in Zusammenarbeit mit benachbarten Gemeinden Anregungen zu schaffen für Alternativen zu den heutigen Ausgehmöglichkeiten. Wir müssen diesen jungen Menschen wieder Räume geben, die ihrem Alter und ihren Bedürfnissen entsprechen.

Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit."

Peter Neukomm (SP) Votum *

"Ich darf auch noch ein paar Worte zu diesem Geschäft hinzu fügen. Ich bin von Amtes wegen auch betroffen. Ich gratuliere vorerst dem Interpellanten zu seinem Vorstoss. Aber unterschätzen Sie den Stadtrat und die zuständigen Polizei- und Untersuchungsorgane nicht. Ich versichere Ihnen, dass auch ohne nachhaltige Wirkung der Traktandenliste unseres Rates Massnahmen in die Wege geleitet worden wären und auch sind, weil die Probleme auch auf diesen Ebenen erkannt worden sind.

Bei den überlasteten Untersuchungsbehörden ist der Wille und die Bereitschaft vorhanden und von diesen auch kundgetan worden, diese Fälle von Gassengewalt speziell unter jungen Erwachsenen schnell und prioritär zu behandeln. Auch wir stellen eine erschreckende Gewaltbereitschaft fest, die im Rahmen von Alkoholexzessen immer wieder eskaliert. Das Strickmuster ist immer wieder dasselbe. Es wurde von verschiedenen Seiten geschildert, weshalb ich es hier nicht zu wiederholen brauche.

Diese gewaltbereiten Leute, welche die Auseinandersetzung suchen, verdienen es nicht, mit Samthandschuhen angefasst zu werden. Sie bedrohen unbescholtene, friedfertige, vor allen junge Leute und zeigen dabei keinen Respekt vor der körperlichen Integrität anderer. Sie bewirken nicht zuletzt, dass unsere Stadt in Verruf gerät und junge Leute sich nicht mehr getrauen, hier in den Ausgang zu gehen.

Es ist kein Geheimnis, dass es sich bei diesen gewaltbereiten jungen Personen oftmals um ausländische Staatsangehörige handelt. Gerade bei den Erwachsenen sind hier die Ausländerbehörden gefordert. Da gebe ich dem Stadtpräsidenten recht: Hemmungen, Wegweisungen aus unserem Land zu verfügen, sind bei solchen Schlägern, die nicht bereit sind, sich an die Spielregeln einer zivilisierten Gesellschaft zu halten, fehl am Platz. Unter ihrem Verhalten leiden nämlich nicht nur die Verletzten und der Ruf unserer Stadt, sondern auch diejenigen AusländerInnen hier bei uns, die sich anständig verhalten, und das ist ja zum Glück immer noch die grosse Mehrheit.

Noch ein Wort zur Polizei: Es wurde erwähnt, weshalb ein Unterbestand zu verzeichnen ist. Die Polizei hat ihre Arbeit unter sehr schwierigen Bedingungen zu erledigen. Sie haben es mitbekommen, dass sich unsere Kriminalpolizei durch Abwanderung fast vollständig aufgelöst hat. Das ist mehr als dramatisch. Nur mit attraktiven Anstellungs- und Lohnbedingungen kann die Schaffhauser Polizei im Arbeitsmarkt künftig wieder erfolgreich qualifiziertes Personal rekrutieren resp. dafür sorgen, dass nicht auch noch die zuletzt verbliebenen, qualifizierten Leute abwandern. Hier ist die Politik gefordert, im speziellen der Kantonsrat. Vorher Inserate zu platzieren wäre Geld aus dem Fenster geworfen. Wer es wirklich ernst meint mit Schutz und Sicherheit für die Bevölkerung, muss deshalb auch bereit sein, den Tatbeweis zu erbringen, sonst muss man sich den Vorwurf der Unglaubwürdigkeit gefallen lassen. Sie haben nun die Möglichkeit, Ihr berechtigtes Anliegen durch parteiinterne Überzeugungsarbeit bei Ihren Kolleginnen und Kollegen im Kantonsrat weiter zu bringen.

Noch eine Bemerkung zur Interpellationsbegründung von R. Rohner. Ich möchte etwas herausgreifen, was noch nicht angesprochen wurde, was mir heute aber in die Nase gestochen hat. Er hat mit seiner Aussage, die Polizei müsse sich auf ihre Kernaufgabe konzentrieren, den Anschein erweckt, die SH Polizei widme sich zweckfremden Aufgaben. Er erwähnt als Beispiele die EDV und Ambulanz-Transporte. Das muss man schon richtig stellen, das ist Quatsch.

Die EDV wird bei der SH Polizei von 2 Leuten betreut. Die Annahme, diese kleine Ressource würde eine wahnsinnig erhöhte Patrouillen-Tätigkeit erlauben, wenn sie wegrationalisiert würde, ist irrig. Diese zwei Leute sind dringend nötig. Es geht hier um äusserst sensible Daten, die hier aufbereitet werden müssen. Das polizeiliche Netzwerk ist direkt angeschlossen an grosse Datensysteme des Bundes, wo Daten abgefragt und eingespeist werden müssen. Das kann man sicherlich nicht an Private auslagern. Die Software-Systeme, insbes. die Datenprogramme müssen durch polizeieigene Leute unterhalten werden. Für die Hardware können private Firmen Support machen.

Bezüglich Ambulanztransporte müssen Sie sich an RR Herbert Bühl wenden, das ist ein Problem des Kantons. Wenn das Kantonsspital nicht in der Lage ist, die Grundversorgung mit Ambulanztransporten sicher zu stellen, so ist das nicht ein Problem der Stadt, sondern dieses müsste beim Kanton angegangen werden.

Zum Einsatz privater Sicherheitskräfte:

Das darf und kann keine Lösung sein. Schutz und Sicherheit der Bevölkerung sind ureigenste Aufgaben des Gemeinwesens. Nicht ohne Grund steht das Gewaltmonopol dem Staat zu. Delegationen an Private in diesem heiklen Bereich sind nicht nur politisch falsch, sondern werfen im konkreten Fall - wenn es

Schwierigkeiten gibt - schwerwiegende rechtliche Probleme auf. Deshalb stehen die Polizei- wie Justizbehörden der Auslagerung solcher Aufgaben an Private grundsätzlich ablehnend gegenüber. Die Politik hat hier ihre Hausaufgaben zu erledigen und dafür zu sorgen, dass die Polizei in der Lage ist, solchen Herausforderungen wirksam begegnen zu können. Alles andere ist eine Bankrotterklärung. Im übrigen wäre es taktisch falsch, den politischen Druck auf den Kanton weg zu nehmen, indem wir Private anstellen würden. Der Kanton ist bei der Sicherstellung von Ruhe und Ordnung in der Stadt gefordert und muss in Pflicht genommen werden.

Zum Schluss noch ein Wort ausserhalb der Repression. Ich bin froh, dass der Stadtrat - der Vorstoss ist ziemlich stark auf die Repression fokussiert - den Fächer aufgemacht und auch andere Aspekte beleuchtet hat. Das tönt vielleicht etwas komisch, wenn ich als Strafverfolger so etwas sage. Aber die Repression ist nur ein Aspekt, meistens der letzte und der teuerste. Es ist wichtig, dass man sich vorher der Prävention zuwendet wie bei einer erfolgreichen Drogenpolitik. Ich möchte hier zwei Dinge speziell herausstreichen, die der Stadtpräsident auch erwähnt hat. Es ist wichtig, dass der Stadtrat Dampf aufsetzt und die angekündigten Vorlagen über die städtische Jugendarbeit (Jugendarbeit auf der Gasse) und Integrationsarbeit - rasch dem Parlament unterbreitet. Da müsste man jetzt die Konsequenzen ziehen aus der aktuellen Situation, aus der heutigen Diskussion und den berechtigten Anliegen der InterpellantInnen. Ich hoffe auf den Stadtrat und auf Sie alle, wenn dann diese Vorlagen kommen."

Gertrud Walch (SVP)

Votum *

"Im Kantonsrat hatte bereits am 11. August 2001 Stefan Oetterli von der SVP eine Kleine Anfrage betreffend der Personalsituation bei der Schaffhauser Polizei an den Regierungsrat gerichtet. Er hatte u.a. als Antwort bekommen, dass der Unzufriedenheit im Polizeicorps durch vermehrte direkte Gespräche entgegen gewirkt werde. Ich denke, das ist ein Weg, der zu einer Verbesserung führen kann.

Da es aber wirklich zu den Grundaufgaben einer Stadt und eines Kantons gehört, für Ruhe und Ordnung zu sorgen, bitte ich die Exekutive dringend, die dazu nötigen Schritte zu unternehmen. Ob diese nun darin bestehen, mehr Polizisten einzustellen, so man welche findet, oder ihnen mehr Lohn zu geben, oder den Beruf sonst einfacher, leichter zu gestalten, ob man intern durch allseits verständlichere personelle Entscheide und mehr Perspektiven für die Polizisten dies erreicht, oder alles zusammen tun kann oder muss, sei dem Stadtrat überlassen.

Der Stadtrat und der Regierungsrat sollten wenn immer möglich auch alles tun, was sie selbst beeinflussen können:

Verlängerungs-Bewilligungen beim Gastgewerbe restriktiver handhaben!

Zur Zeit sind 34 Dauerverlängerungen gesprochen. Deshalb meine Frage: Werden Kontrollen betreffend Einhaltung der Polizeistunde in den Wirtschaften überhaupt durchgeführt?

Bei wiederholten Übertritten des Gastgewerbes (z.B. Nichteinhalten der Polizeistunde oder Abgabe von Alkohol an Minderjährige) sollten durch die Exekutive schneller Massnahmen ergriffen werden. Dann hätte es die Polizei leichter.

Als Massnahme kommt z.B. Artikel 50 des Gastgewerbegesetzes in Frage, welchen ich zitiere:

„Die Bewilligungsinhaber, die wegen Lärm und Unfuges seitens der Gäste wiederholt Veranlassung zu polizeilichem Einschreiten gegeben haben, können durch die Gemeinde nach vorheriger Androhung verpflichtet werden, den ganzen Betrieb vorübergehend oder gänzlich einzustellen. Vorbehalten bleiben bauliche oder betriebliche Auflagen.“ (Ende des Zitates)

Nicht vergessen sollten wir aber auch, dass wir selbst als Erwachsene, als Eltern und so weiter Vorbildfunktion haben und diese auch übernehmen sollten.

So stellen sich folgende Fragen:

- Brauchen wir selbst nach Mitternacht noch Essen und Trinken? Nach Mitternacht müssten Gastgewerbebetriebe für mich nicht mehr geöffnet sein. Um diese Zeit bin ich kaum mehr unterwegs.
- Soll es wirklich bei so vielen Dauerverlängerungen bleiben? Ohne diese Dauerverlängerungen gäbe es vermutlich weniger Leute in der Stadt, was der Ruhe und Ordnung sowie der Polizei entgegen käme. Dass man zu dieser Zeit zwar noch Geschäfte machen kann, zählt für mich nicht, nachdem das Gastgewerbe 16 Stunden pro Tag geöffnet sein kann.

Auf jeden Fall muss eine Verbesserung eintreten, so dass die öffentliche Sicherheit und der Schutz des Eigentums wieder besser gewährleistet sind."

Walter Hotz (FDP) Votum *

"Man kann sagen, dass es sich um die älteste Aufgabe des Staates handelt. Vielleicht handelt es sich auch um die wichtigste.

Liebe Kolleginnen und Kollegen: ohne öffentliche Sicherheit gibt es keine zufriedene Menschen, kein lebenswertes Umfeld, keine florierende Wirtschaft.

Ältere Menschen fühlen sich unsicher, trauen sich nicht mehr abends ins Theater oder ins Konzert. Die Altstadt wird kaum mehr zum Wohnen genutzt. Die Geschäfte beklagen sich über mangelnden Umsatz aufgrund verunsicherter Kunden.

Dies sind Horror-Szenarien, die so zum Glück bei uns noch nicht eingetreten sind. Auch die reinen Zahlen vermitteln uns keine verheerende Lage.

Es ist aber nicht die Statistik, an der wir uns messen müssen. Sicherheit findet in den Köpfen der Menschen statt.

Jeder Mensch soll sich jederzeit und wo immer er sich befindet, sicher fühlen. Dies ist leider nicht mehr gewährleistet. Durch die schrecklichen Ereignisse des letzten Jahres hat sich ein Gefühl der Unsicherheit entwickelt, dem wir entgegentreten müssen. Auch die zunehmend rohere Form des gegenseitigen Umgangs in der Gesellschaft und die schwierige Lage der Wirtschaft machen Handeln dringend nötig.

Was ist zu tun? Für mich sind es drei Punkte, die wichtig sind.

Die Schaffhauser Polizei muß ihre Arbeit dringend besser vermarkten. Wer die Homepage der Schaffhauser Polizei sucht, wird erst nach einigem Denksport fündig. Der Link dorthin ist nämlich hinter Finanzen versteckt. Aber wer - ausser die wirklich politisch interessierten Bürger - weiss schon, dass der Finanzdirektor Hermann Keller für unsere Polizei zuständig ist. Dies hat mit Kundenorientierung rein gar nichts zu tun. Auf der Homepage www.shpol.ch wird es dann noch tragischer. Außer Signet, Adresse und Telefonnummer findet der interessierte Bürger nichts weiteres.

Das muss sofort geändert werden. Jeder soll wissen, was die Polizei tut, wie sie ihre Arbeit verrichtet und wie man von ihren Diensten profitieren kann. Nur so können wir erreichen, daß die Schaffhauserinnen und Schaffhauser auf ihre Polizei stolz sind. Nur so können wir das Gefühl der Sicherheit wieder herstellen.

Die bessere Vermarktung ist das eine.

Weiter müssen wir aber auch die Präsenz massiv verstärken. Vielleicht auch mit privaten Sicherheits-Anbietern. Dies darf auch etwas kosten. Der volkswirtschaftliche Nutzen wird die Kosten bei weitem aufwiegen. An neuralgischen Punkten, an den besonders betroffenen Tagen muss die Polizei Präsenz markieren und die öffentliche Sicherheit gewährleisten. Sparüberlegungen sind hier fehl am Platz, weil sie uns mehr schaden als nützen.

Bessere Vermarktung und erhöhte Präsenz: dies sind zwei Punkte, die Verbesserungen mit sich bringen werden.

Als dritten Punkt müssen wir auch versuchen, die Gesetze, die unser friedliches Zusammenleben sicherstellen, konsequent anzuwenden. Die Message ist klar: Mit dem Gesetz in Konflikt zu geraten, ist in Schaffhausen keine spassige Angelegenheit. Die Polizei greift durch, ahndet konsequent.

Sie kennen alle das leidige Problem mit dem unaufgeräumten Schreibtisch. Ist er einmal überladen, stapelt sich immer mehr und immer mehr. Man denkt sich: Soviel macht das ja nicht aus, wenn die Unordnung noch ein bisschen grösser wird. Bis am Schluss der Kollaps droht. Ähnlich verhält es sich bei der öffentlichen Sicherheit. Toleriert man allzu viel kleinere Vergehen, nehmen auch die grösseren zu. Die Hemmschwelle sinkt. So geht es dann immer weiter und weiter, weil ja die Mittel der Polizei nicht mehr ausreichen. Diesen Teufelskreis müssen wir durchbrechen - durch konsequentes Handeln unserer motivierten Polizistinnen und Polizisten.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen. Ich bin sicher, dass wir mit besserer Vermarktung, mehr physischer Präsenz und konsequentem Auftreten das Sicherheitsgefühl in unserer Stadt wieder herstellen, damit die Stadt Schaffhausen ein Ort der Lebensfreude und des friedlichen Zusammenlebens bleiben kann."

Rolf Amstad (SP) Votum *

"Die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und der Schutz des Eigentums werden in Zukunft an Bedeutung weiter zunehmen. Dafür sind verschiedene Faktoren verantwortlich. Einer davon ist unsere Gesellschaft, die sich laufend ändert. Vor allem Jugendliche sind diesen gesellschaftlichen Veränderungen sehr stark unterworfen. Die Integration von jüngeren ausländischen Leuten gewinnt immer mehr an Wichtigkeit, denn Gewaltausbrüche unter Jugendlichen sind kein Zufall. Häufig gehen sie zurück auf fehlende Bildung und eben die fehlende Integration. Bildung ist die Grundlage für beruflichen Erfolg, eine gute Schule die beste Gewaltprävention.

Es ist erwiesen, dass Präventionsmassnahmen sinnvollere und auf die Zukunft gesehen erst noch kostengünstigere Investitionen sind. Wenn ein Jugendlicher auf die schiefe Bahn geraten ist und betreut werden muss, kostet dies ein Vielfaches mehr. Wird das Problem also ohne Lösungsansatz weiterhin vor sich her geschoben, wird es auch immer mehr unsere Finanzen belasten. Bei dieser Gelegenheit möchte ich nochmals auf das Jugendleitbild aufmerksam machen - es soll demnächst präsentiert werden.

Wenn es trotz allem zu Gewalt und Vandalismus kommt, müssen meiner Meinung nach auch die Bestrafungen überprüft werden. Die Hemmschwelle wird vor allem unter den Jugendlichen immer tiefer. Hatten sie früher vor der Polizei entsprechenden Respekt, so sagen heute die Jugendlichen den Polizisten, was Fakt ist. Den Ordnungshütern sind zudem die Hände gebunden, wollen sie härter durchgreifen. Schlussendlich sind sie noch die Beschuldigten, weil sie vielleicht einen Jugendlichen einmal ein bisschen härter am Arm gepackt haben. Das darf nicht sein! Sind die Hemmschwellen tiefer, muss auch das Strafmass angepasst werden. Heute genügt es einfach nicht mehr, wenn ein Jugendlicher zur Strafe einen Nachmittag lang im Kantonsspital Reinigungsarbeiten verrichten muss. Viele machen sich nämlich einen Spass daraus und ärgern mit ihrem undisziplinierten Verhalten die Aufsichtspersonen. Eine Arbeitsleistung ist eben heutzutage keine eigentliche Strafe mehr - vielmehr ist es eine zusätzliche Belastung für Aufsichtspersonen. Meiner Meinung nach muss hier ebenfalls etwas geschehen, wollen wir nicht noch zusätzlichen Terror bei sogenannter Strafe mittels Arbeitsleistung."

Edgar Mittler (FDP) Votum

"Ich habe mit Interesse den Ausführungen des Stadtpräsidenten zugehört. Da ist mir doch ein Wort allzu stark in den Vordergrund gesetzt worden; dieses Zauberwort heisst offenbar Integration. Meines Erachtens ist im Wort Integration auch ein wenig Heuchelei dabei. Viele ausländische Jugendliche lassen sich doch gar nicht integrieren. Wenn die Rede ist von Krippen, von Sprachschulen, dann kann ich das unterstützen. Diese Menschen kann man integrieren. Ausländische Jugendliche hingegen, die im Alter von 14 - 18 Jahren z.B. aus den Balkanländern in die Schweiz kommen, sind in unsere Kultur nicht mehr integrierbar. Solche Leute, die ihren Lebenszweck darin sehen, andere Jugendliche anzupöbeln, anzurempeln, sie in Schlägereien zu verwickeln, sie zu provozieren, gehören schlichtweg ausgeschafft.

Ich habe von meinen Söhnen erfahren, wie diese Leute bandenmässig organisiert sind. Da wird provoziert. Wenn der Angepöbelte sich nur verbal äussert, werden per Handy oder mittels Piffen Kollegen herbei gerufen. Schon ist eine Bande da und unsere Jugendlichen machen sich aus dem Staub, weil sie keine Chance haben, sich zu wehren. Sie müssen noch Glück haben, wenn sie ungeschoren davon kommen.

GrSR Tanner und Neukomm äusserten rechtsstaatliche Bedenken hinsichtlich des Einsatzes eines privaten Sicherheitsdienstes. Diese Bedenken teile ich, wenn es sich um eine Dauerlösung handeln würde. Aber wir müssen jetzt sofort handeln. Wir haben gehört, dass es noch bis zum Jahr 2005 dauert, bis wir Leute aus einer allf. Polizeischule haben. Unsere Bevölkerung und insbesondere die Jugendlichen sind aber jetzt gefährdet. Deshalb bin ich der Meinung, dass im Sinne einer befristeten Lösung auf einen privaten Sicherheitsdienst zurück gegriffen werden kann. Ich denke dabei nicht an Leute, die eine "Schnellbleiche" von 3 Tagen absolviert haben und dann auf diese Jugendlichen losgelassen werden, sondern an einen professionellen Sicherheitsdienst, wo die Leute auch psychologisch geschult sind.

Zu Annina Keller möchte ich sagen, dass ich seinerzeit mit zu den Gründern des Jugendkellers gehörte. Das war lange Zeit eine tolle Sache. Auch die Einrichtung von Jugendtreffs in den Gemeinden war eine gute Idee. Da frage ich mich schon, wieso unsere Jugendlichen nicht mehr dorthin gehen. Sie müssen aber einmal schauen, welche Jugendliche Besitz nehmen von diesen Einrichtungen. Ich höre das auch von Neuhausen, Beringen und anderen Gemeinden.

Wenn sich nur noch ausländische Jugendliche in diesen Lokalen befinden, dann gehen unsere nicht mehr hin. Da muss ich schon sagen, dass stärker durchgegriffen werden muss. Leute, die nicht integriert werden können, müssen ausgeschafft werden können."

Kurt Zubler (SP) Votum

"Ich danke dem Stadtpräsidenten für seine umsichtige Analyse der Situation und insbesondere dafür, dass er für die Integration - die etwas kosten wird - eine Lanze gebrochen hat. Ich bin überzeugt, dass die Integrationspolitik nicht Heuchelei ist, sondern dass diese notwendig und dringend ist. Es ist auch nicht so, dass Jugendliche mit 14 Jahren aus dem Balkan nicht integrierbar sind, während dem die anderen, die hier geboren sind, leicht integrierbar sind.

Der Stadtpräsident hat sehr schön aufgezeigt, dass es eine Korrelation gibt zwischen sozialer Perspektive und Gewaltbereitschaft. Es gibt eine weitere Korrelation, nämlich dass sich die soziale Schichtung in der Schweiz zunehmend - und dies nicht erst in den letzten Jahren - dahin gehend gewandelt hat, dass wir in den untersten Schichten unserer Gesellschaft einen höheren Ausländeranteil haben als in den oberen. Das hat sich im Laufe der Rezession noch verschärft, weil sehr viele Arbeitsplätze für weniger gut qualifizierte Arbeitsplätze verschwunden sind. Diese Leute sind zum Teil schon Jahrzehnte da. Sie haben Kinder, Zweit- und Drittgenerations-Kinder, die zum Teil heute eben auch keine Perspektive besitzen. Wenn Sie die Problematik der Migrantengewalt analysieren, dann werden sie sehen, dass es hier nicht speziell um Leute geht, die eben erst aus dem Balkan gekommen sind, sondern dass das Spektrum sehr viel grösser ist.

Ich möchte einmal mehr dringend davon abraten, das Heil in einer Wegweisungs-Vision zu sehen. Es mag Einzelfälle geben, wo eine Ausschaffung anwendbar ist. In den allermeisten Fällen ist dies nicht anwendbar und auch nicht die richtige Massnahme - rein aus gesetzlichen Gründen.

Zu sagen, ja das müssen wir jetzt halt so machen, wenn man weiss, dass das nicht geht, ist wenn schon eine Heuchelei. Sie müssen sagen, was wir tun sollen, damit die Leute eine Perspektive haben und nicht auf diese Gewaltschiene abgleiten.

Es wird sehr oft von Gewalt aus dem Kreis der Migranten gesprochen. Das hat aus den erwähnten soziologischen Gründen tatsächlich eine gewisse Bedeutung. Es ist aber sicher auch so, dass es in der ganzen Gesellschaft eine Veränderung hinsichtlich der Einstellung zur Gewalt sowie der Respektierung von fremdem Eigentum und der Ordnung gegeben hat. Das möchte ich noch etwas modifizieren und richtig stellen. Stadtpräs. Wenger hat das Beispiel der Rekruten und dem Pfefferspray gebracht. Sie haben andererseits davon gehört, dass (schweizerische) Skinheads einen türkischen Jugendlichen grundlos fast zu Tode geschlagen haben. Sie haben von Ausschreitungen Jugendlicher in Zürich gehört. Dort waren es zur Hauptsache Schweizer - Studenten, Mittelschüler -, zum Teil aus allerbesten Familienverhältnissen stammend.

Ich kann folgendes aus eigener Erfahrung sagen: Ich wohne an der Pestalozzistrasse. Der Emmersberg ist nicht bekannt als Quartier mit einem hohen Ausländeranteil. Aber es ist der Randalierer-Heimweg. Vor allem im Sommer wird die Strassenbeleuchtung in wöchentlichen Rythmen - und zwar nicht von Ausländern - ausgeschaltet, die Autos werden angegangen.

Dann gibt es den berühmten Abfallpfad, der sich dort hinauf schlängelt, der durch die "Fast food"-Verbreitung noch auffälliger geworden ist. An Wochenenden ist hier ein Scherbenpfad auszumachen. Das sind keine ausländische Jugendliche, die dies verursachen. Ich möchte dies in den richtigen Rahmen stellen.

Ich möchte damit nicht vom Problem ablenken. Es ist sicher richtig, dass diesbezüglich etwas unternommen wird."

Stadtpräsident Marcel Wenger

"Ich möchte es sehr kurz machen. Bea Hauser hat eine Analyse der Korps-Zusammenlegung angeregt. Wir müssten für eine solche sehr weit zurück gehen. Das ist schon geschehen, als ich noch Baureferent war. Die Korps wurden bereits vor der Schaffung der offiziellen Schaffhauser Polizei zusammengeschweisst. Es ist wichtiger jetzt, darauf zu achten, dass durch eine sorgfältige Arbeit eine organisatorische Verbesserung der heutigen Verhältnisse möglich wird. Wir brauchen in dieser Organisation wieder Spezialisten, die sich mit der Sicherheit und der Ordnung in der Stadt vertieft befassen. Es muss eine Reorganisation innerhalb des Polizeikorps geben. Wir stossen im übrigen auf offene Ohren beim Kommando. Das Problem ist das Mengengerüst, wenn Sie einen derartigen Unterbestand haben - Polizisten gibt es nicht ab der Stange, weder zu kaufen, noch zu mieten, es gibt sie auch nicht im Baurecht.

Wir werden wahrscheinlich zur Überbrückung dieser Sicherheitsdefizite einen Weg beschreiten müssen, der schon einmal beschritten worden ist. In Würdigung der Überlegung bezüglich Rechtsstaatlichkeit ist es der Weg - weil man diese Leute noch nicht hat, weil sie noch nicht ausgebildet wurden - mit professionellen Sicherheitsleuten gemischte Patrouillen, wo immer ein bis zwei Polizisten dabei sind. Sonst gibt es keine Lösung, es sei denn, ein Korps aus Zürich oder aus Winterthur sei bereit, im Austausch an bestimmten Wochenenden Kapazitäten zur Verfügung zu stellen. Wir können dieses Problem heute Abend nicht lösen.

Annina Keller hat davon gesprochen, es würden Treffpunkte für Jugendliche fehlen, und sie hat auf die Wichtigkeit der Jugendarbeit hingewiesen. Letzteres haben auch andere Votanten betont. Es braucht nicht nur ein Jugendleitbild in der Stadt Schaffhausen. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir eine gesetzliche Grundlage für die Jugendarbeit im ganzen Kanton erarbeiten müssen. Es braucht so etwas wie ein kantonales Jugendhilfegesetz. Ob es dem kantonalen Gesetzgeber gefällt oder nicht, das muss kommen.

Wir brauchen auch gewisse Anpassungen beim Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch, Raphaël Rohner. So z.B. eine Erhöhung der Bussengrenze beim "Littering" - wir haben Gemeindebussen, die durch das EG zum StGB in der Höhe eingeschränkt sind. Wir müssen diesen Rahmen erweitern, damit jemand, der Abfälle auf die Strasse wirft, mit anderen Bussen zu rechnen hat, der Verschmutzungen produziert, mit anderen Folgen zu rechnen hat. Auch Bussen für Unfug sind heute mit 60 - 80 Franken im EG zum StGB drin. Das ist zu wenig. Da muss man eine gewisse Anpassung vornehmen.

Ich bin froh, dass Peter Neukomm auf die permanente Überbelastung der Justiz hingewiesen hat. Wir haben gestern einen kleinen Schritt unternommen, um diese Überbelastung zu reduzieren. Dies war relativ schwierig.

Wir haben 1 1/2 Stunden über eine Anpassung in einer Situation diskutiert, die eigentlich selbstverständlich gewesen wäre. Wenn ich sehe, wie unser Untersuchungsrichteramt dotiert ist und wie andere Kanton organisiert sind, dann muss ich Ihnen sagen: Wir haben wirklich zu wenig Leute, die da durchgreifen können. Der Untersuchungsrichter ist aufgrund unserer Strafprozessordnung der Mann, welcher der Polizei den Rücken stärkt. Das brauchen wir auch, wenn Walter Hotz Recht bekommen soll, dass wir die Polizei verstärkt unterstützen wollen und wenn wir das Votum von Rolf Amstad im Kopf haben, der sagt, dass wir der Polizei das Gefühl geben müssen, dass wir sie in ihrer Aufgabe, Ruhe und Ordnung sicher zu stellen, wirklich unterstützen, und einen Polizisten nicht der Kritik aussetzen, wenn er einmal zulangt. Apropos zulangen - auch hier braucht es ein gewisses Mengengerüst. Wenn ich höre, dass 20 gut organisierte, mit dem Handy aufgebotene Jugendliche eine Dreierpatrouille der SH Polizei in Bedrängnis bringen, dann habe ich Verständnis, wenn sich diese Patrouille vorübergehend zurückzieht, sich neu organisiert und dann wieder ausrückt. Solche Ausmasse nimmt es langsam an. Deswegen müssen wir wirklich schauen, dass wir den Polizeibestand erhöhen können. Ich danke Ihnen für die gute, offene Diskussion. Ich kann zum Schluss bestätigen, was Kurt Zubler gesagt hat. Die Diskussion bezüglich Sicherheit, Ruhe und Ordnung darf sich nicht darauf reduzieren, dass wir sagen, wir hätten ein Problem mit ausländischen Jugendlichen. Wir haben ebenso ein Problem mit dem Verhalten von gut etablierten Söhnen und Töchtern aus schweizerischem Haus."

Stadtrat Thomas Feurer

"Das Votum von Edgar Mittler bezüglich Integrationsfähigkeit hat mich schon etwas aufgeschreckt. Integration ist ein Thema, das bei mir als Sozialreferent angesiedelt ist. Integration ist nicht Multi-Kulti-Getingel, wie das früher ausgesehen hat, sondern es ist harte Knochenarbeit. Wir können nicht nur repressiv reagieren. Repression ist reine Symptombekämpfung, Integration ist Ursachenbekämpfung. Das ist verdammt mühsam. Wir können nicht damit leben, dass Sie sagen, Integration sei Heuchelei. Damit schlagen Sie uns diese Mittel aus den Händen, welche mittelfristig Besserung versprechen. Ich möchte das Parlament, welches viel näher als die meisten BürgerInnen bei diesem Thema ist, dringend bitten, uns zu helfen. Wir haben in den letzten Wochen und Monaten eine massive Verbesserung des integrationspolitischen Klimas erlebt. Es gab Foren und Podien. Ich habe ganz wenige von Ihnen an diesen Veranstaltungen gesehen.

Edi Mittler, es liegt nicht am Stadtrat, diese Gesetze zu ändern. Es handelt sich um Bundesgesetze. Bezüglich Familiennachzug hat sich der Regierungsrat z.B. eingesetzt für eine Senkung des Alters. Der Bundesrat hat sich dafür entschieden - natürlich wird dies noch eine jahrelange Debatte geben - das Nachzugsalter bei 18 Jahren zu belassen. Wir können hier nur nachvollziehen, was diese Gesetze uns vorgeben. Wenn wir schon in dieser Situation sind, dann können wir hier nicht einfach aufstehen und sagen, jetzt muss man endlich etwas machen. Wer ist denn dieser "man" und was ist denn dieses "etwas" - und dies in einem gesetzlichen Rahmen, den wir nicht verändern können?

Ich bitte Sie, sich der Lösung dieses Problems anzunehmen. Das kostet etwas. Ich hoffe - ich kann es nicht garantieren -, dass es sich auch lohnt. Ich sage nicht, dass dann alle Probleme gelöst sein werden. Aber die Probleme sollen von allen erkannt werden. Ich bin froh, dass wir seit kurzer Zeit Hüseyin Palaz unter uns haben, der

sich vielleicht einmal aus der Sicht der betroffenen ausländischen Bevölkerung zu diesem Thema äussern kann. Er hat eine sehr differenzierte Meinung."

Raphaël Rohner (FDP) Schlusswort des Interpellanten

"Nach dem fulminanten Appell des Sozialreferenten, den ich inhaltlich weitgehend unterschreiben kann, möchte ich Ihnen danken für die angeregte Diskussion. Es hat sich gezeigt, dass das Thema brennt. Ich habe absichtlich den Fokus in meiner Interpellationsbegründung in eine Richtung gestellt, im Wissen darum, dass selbstverständlich integrative Massnahmen auf den Ebenen Gemeinden und Kanton bereits besprochen und initialisiert sind. Ich war selber Vorsitzender der Arbeitsgruppe auf kantonaler Ebene, die vor zwei Jahren ein umfassendes Paket erarbeitet und einen 40-seitigen Bericht erstellt hat mit etwa 50 Massnahmen, die empfohlen worden sind. Was mit diesen Massnahmen geschehen ist, müssen Sie nicht nur mich fragen. Da sind wir ebenfalls an der falschen Stelle. Ich kann Ihnen aber versichern, dass man in meinem Einflussbereich - vor allem in der Schule - sehr bemüht ist, einiges zu tun. Auch auf Seiten des Sozialreferates in der Stadt Schaffhausen ist man am Ball.

Etwas gibt es noch zu bedenken. Dies möchte ich den Kolleginnen und Kollegen auf der linken Ratsseite noch auf den Weg geben. Integration, die wir alle unterschreiben, soll dort durchgeführt werden, wo sie Sinn macht und wo sie möglich ist. Sie setzt aber auch voraus, dass die Integrationsbereitschaft auf der anderen Seite besteht. Ich weiss, dass diese oft besteht. Wir haben jetzt über gewisse Randgruppierungen gesprochen. Ich möchte ganz klar betont haben, dass ich mich in meiner Interpellationsbegründung inhaltlich nirgends auf die Ausländer kapriziert habe, sondern ich bin mir bewusst, dass sich auch sogenannte gut bürgerliche Sprösslinge aus Schweizer Familien auf der Gasse herumtreiben. Ich denke aber, dass nebst aller Prävention die Repression eben auch dort einsetzen muss, wo das Recht gebrochen wird. Es braucht beides. Dort wird das Nötige bestimmt noch zu veranlassen sein.

In einem Punkt möchte ich mich noch wehren. Ich möchte klar auch zu Handen der Presse festhalten, dass ich nie - Herr Kollege Tanner - in irgend einer Form etwas von einem privaten Ordnungsdienst, der eigenmächtig polizeiliche Aufgaben übernimmt, gesprochen habe. Der Ansatz wurde von Marcel Wenger richtig aufgenommen. Es braucht im äussersten Notfall jetzt vorübergehend allenfalls unkonventionelle Massnahmen. Das muss sich im Rahmen des rechtlich Möglichen halten. Sie können mir attestieren, dass ich als Jurist, der zwar beruflich nicht mehr so nahe an der Juristerei steht, immerhin noch über diese Grundkenntnisse verfüge, dass ich nicht einen solchen "Quatsch" - da zitiere ich Kollege Neukomm - hier vertreten würde. Das habe ich nicht, das weise ich klar zurück.

Ich danke Ihnen nochmals für diese interessante Diskussion."

Das Geschäft ist erledigt.

An dieser Stelle bricht die **Ratspräsidentin** die Beratung der heutigen Traktandenliste ab und schliesst die Sitzung.

Der Ratssekretär:
René Gisler